

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Spannende Wahlen im Februar und März – S. 4*
- *Ägypten in Aufruhr: Historische und geopolitische Fakten – S. 7*
- *Klage gegen Konkordanzlehrstühle: Wissenschaft unter dem Kreuz – S. 12*
- *Europäische Betriebsräte und Arbeitsgestaltung: Ein sperriges Geschäft – S. 17*
- *Kommunismus – kein Tabu mehr – S. 20*

Ausgabe Nr. 2 am 10. Februar 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Gegen „Bespitzelungsklausel“

www.extremismusstreik.blogspot.de, alk. Am 1. Februar fand ein Aktionstag gegen die sogenannte „Extremismusklausel“ statt. Diese Klausel müssen Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Faschismus einsetzen, laut einer Anweisung des Bundesfamilienministeriums unterschreiben, um Fördermittel zu erhalten. Die Initiatoren des bundesweiten „Aktionstages für Demokratie – gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“ – Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Kulturbüro Sachsen e.V., Opferperspektive Brandenburg e.V. und der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) – zeigen sich erfreut über die große Resonanz. In einer Pressemitteilung heißt es:

Über 1500 Organisationen und Einzelpersonen haben sich mit Briefen, E-Mails und Pressemitteilungen sowie durch internetbasierte soziale Netzwerke wie Facebook am Protest gegen die „Bespitzelungsklausel“ des Bundesfamilienministeriums für die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beteiligt. Sie alle forderten Familienministerin Schröder und Bundeskanzlerin Merkel auf, die Klausel aus den Förderbescheiden der Projekte ersatzlos zu streichen.

Besonders gefreut haben wir uns über die Vielfalt und gesellschaftliche Breite der Proteste: Neben den Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie zahlreichen Landtagsfraktionen der Opposition und den Gewerkschaften beteiligten sich viele zivilgesellschaftliche Initiativen, lokale Bündnisse gegen Rechts, Bildungsträger, Wissenschaftler/innen, Wohlfahrtsverbände und zahlreiche Einzelpersonen an den Protesten – so u.a. die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, der Verein Gesicht zeigen!, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V., die Julius-Rumpf-Stiftung aus Hessen, das Haus der Demokratie und Menschenrechte sowie der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Prof. Wolfgang Benz. Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. bemerkt: „Aus unserer eigenen Arbeit sowie aus vielen Berichten von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die Opfer rechtsextremistischer Gewalt gerichtlich oder außergerichtlich vertreten haben, wissen wir um die unschätzbare Arbeit dieser Initiativen für den Aufbau und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen wie auch bei der konkreten Unterstützung von Betroffene“. Auch der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Hövelmann (SPD), forderte die Bundesregierung auf, die

Klausel zurückzunehmen. Die geforderte „Demokratieerklärung“ schaffe Misstrauen. Außerdem sei der Einsatz der Verfassungsschutzbehörden für die Gesinnungsüberprüfungen fragwürdig, so Hövelmann. Er lehne es für den sachsen-anhaltischen Verfassungsschutz ab, derlei Auskünfte zu erteilen, die über die Verfassungsschutzberichte hinausgehen. In dieser Woche soll am Donnerstag, den 10. Februar, im Bundestag der Antrag der drei Oppositionsparteien zur Rücknahme der Bespitzelungsklausel debattiert werden.

EU-Wirtschaftspakt: Streit um Löhne

Berliner Zeitung, 5.2.2011. Der Vorschlag von Merkel und Sarkozy, die EU-Verträge um einen „Wirtschaftspakt“ zwischen den Regierungen der EU-Staaten zu ergänzen, war Kernthema des Sondertreffens der Staats- und Regierungschefs in Brüssel letzte Woche. In der Presse wird der Vorschlag sehr unterschiedlich aufgenommen. Die EU-Kommission und das EU-Parlament scheinen schon aus institutionellen Gründen gegen den Vorschlag zu sein, weil der Pakt ein reines Regierungsabkommen ist – ohne EU-Parlament und EU-Kommission. Die „Berliner Zeitung“ wertet den Vorstoß von Merkel als rein innenpolitisch motiviert: es gehe der Kanzlerin nur darum, zu Hause „gut Wetter“ für die Zusatzkosten zu machen, die durch die für März geplante Ausweitung des EU-Rettungsschirms entstehen würden. Auch die Gewerkschaften lehnen den Vorschlag Merckels und Sarkozys ab. Am 24./25. März soll weiter darüber verhandelt werden. Streit gibt es schon beim Thema Löhne. Der luxemburgische Regierungschef Juncker lehnt die von Merkel geforderte Aufhebung der Lohnindexierung in seinem Land strikt ab. Wenn das weiter verfolgt werde, bestehe er darauf, auch über Mindestlöhne in allen EU-Staaten zu verhandeln. Das wiederum will Merkel nicht.

Galileo startet Testbetrieb

Berliner Zeitung, 5.2. rül. Das europäische Satelliten-Navigationssystem Galileo startete am 4.2. seinen Testbetrieb. Galileo war ursprünglich als EU-Alternative zum US-Satelliten- und Navigationssystem GPS geplant, inzwischen baut z.B. auch China ein eigenes Satelliten- und Navigationssystem auf. Anfang 2014 soll Galileo seinen regulären Betrieb aufnehmen. Bis dahin sollen noch mehrere Satelliten der EU in den Weltraum geschickt werden. Allein für die Infrastruktur des EU-Projekts sind Aufwendungen von über 5 Milliarden Euro geplant.

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Technik der Macht

maf. Die Vertreter der USA und Russlands wählten die Münchner Sicherheitskonferenz als Kulisse für den Austausch der Urkunden des Start-Abkommens. Dieser symbolische Akt besiegelt die Gültigkeit des Abkommens vor der Weltöffentlichkeit. Dieser Akt weist der Veranstaltung in München eine Funktion im Gewebe der internationalen Politik zu. Die Erfahrungen der staatlichen Diplomatie mit solchen gemischten Gelegenheiten sind nicht rundum gut. Solch informelle Situationen bieten vielleicht die Möglichkeit, Konflikte zu vermeiden. Da sie die Schutzschicht diplomatischer Vorkehrungen entfernen, eignen sie sich aber auch zur Verschärfung von Spannungen. Ein bekanntes Beispiel liefern die Vorgänge 1870 in Bad Ems,



die unter dem Stichwort „Emser Depesche“ in den deutsch-französischen Krieg 1870/71 mündeten. Der preussische König, der dem französischen Botschafter eine offizielle Audienz verweigert hatte, berichtet: „Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, dass ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt, etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne ...“. Der Vorfall konnte gerade wegen des formlosen Rahmens von beiden Seiten ausgeschmückt und zum Kitzel des nationalen Ehrgefühls benutzt werden. – Wieso sich die Mächtigen der politischen und wirtschaftlichen Welt in diesem Jahrhundert vermehrt und verstärkt solche informellen Gelegenheiten schaffen?

Macht der Technik

Bei dem Start-Abkommen geht es um den Rückbau der strategischen Atomwaffen. Der Abschluss dieses Abkommens bedeutet keineswegs, dass die

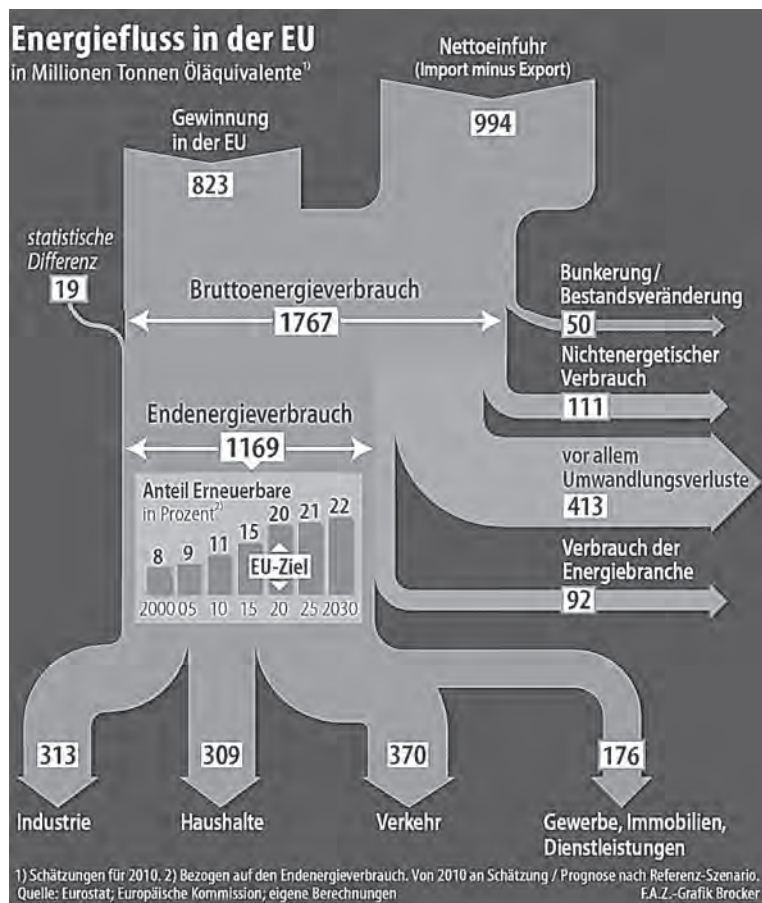
Differenzen, die zwischen den Westmächten und Russland über die Stationierung von Raketenabwehrsystemen bestehen, erledigt wären. Allerdings hätte ein Scheitern der Start-Verhandlungen eine Verschärfung dieses Konflikts mit sich gebracht. Angeblich geht es bei dem Raketenschirm um ein Abwehrsystem. Tatsächlich zeigen parallel laufende Waffenentwicklungen von unbemannten, steuerbaren Lenk Waffen, dass ein neues technisches Monopol auf Angriff geschaffen wird, in diesem Zusammenhang dient das „Raketenabwehrsystem“ der Abwehr von Gegenangriffen.



Die neue flugzeugträgergestützte US-Kampfdrohne X-47B ist erstmals in den Himmel gestiegen. Bei dem 29 Minuten langen Testflug manövrierte das unbemannte Flugzeug in mehr als 1,5 km Höhe. <http://de.rian.ru/video/20110208/258293796.html>

Europäische Energievernetzung

ec.europa.eu. alk. Gegenüber der zunehmenden wirtschaftlichen Vernetzung in der Europäischen Union bei Produktion, Handel, Dienstleistungen und Verkehrsinfrastruktur



haben die Verbindungen bei der Energieinfrastruktur nicht Schritt gehalten. Sowohl technisch als auch ökonomisch und politisch gibt es verschiedene Unzulänglichkeiten, auf die der Energiekommissar der EU, Günter Oettinger, jüngst wieder hingewiesen hat. Die technischen Mängel sind fehlende Grenzkuppelstellen, das hängt auch damit zusammen, dass die oft staatlichen Energiekonzerne bisher ihre Märkte und Regionen abgeschottet haben, um Monopolprofite zu generieren. An die dreißig solche grenzüberschreitenden Verbindungen (zum Beispiel zwischen Frankreich und Deutschland) müssten geschaffen werden. Am 4. Februar hat der Europäische Rat ausführlich über die Energiepolitik beraten und einen umfangreichen Katalog beschlossen, wonach bis 2014 der Binnenmarkt vollendet werden soll, „damit Gas und Strom ungehindert fließen können“. Dazu sollen auch die Netze ausgebaut und miteinander verknüpft werden. Die hohen Investitionen hierfür, es wird von 210 Milliarden Euro für die gesamte EU gesprochen, soll laut Europäischem Rat im Wesentlichen der Markt bereitstellen, aber auch „in beschränktem Ausmaß“ durch öffentlichen Mittel erfolgen. Ohne Russland ausdrücklich anzusprechen, wird auf eine bessere Abstimmung der EU-Außenbeziehungen gegenüber den wichtigsten Erzeuger- und Transitländern gedrängt. Dass bei der gleichen Tagung des Europäischen Rates auch über die Volksbewegungen in den arabischen Ländern diskutiert wurde, ist einerseits den äußeren Umständen geschuldet, andererseits gibt es durchaus einen Zusammenhang zur Energiepolitik der EU. In den nächsten Jahren soll der Anteil der erneuerbaren Energien von gegenwärtig elf auf 22 Prozent gesteigert werden. Damit werden die Wüsten in jenen arabischen Ländern, die eher rohstoffärmer sind, wirtschaftlich interessante Flächen.

In der nebenstehenden Grafik aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von 3. Februar sind einige der hier genannten Probleme ganz gut illustriert.

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Befragte / Zeitpkt.	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Sonstige
Bürgerschaftswahlen Hamburg am 20.2.2011								
Infratest dimap	NDR	T • 1.000/28.1.-2.2.	25%	46%	14%	5%	6%	4%
Trend Research Hamburg	Radio Hamburg	O • 627 /26.1.-31.1.	25%	45%	16%	4%	6%	4%
Landtagswahl Baden-Württemberg am 27.3.2011								
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	T • 1.146 / 31.1.-2.2.	41%	19%	25%	6%	4%	5%
Infratest dimap	Stuttg. Ztg /SWR	T • 1.000/1.2.-2.2.	39%	21%	24%	6%	5%	5%
Emnid	Focus	T • 1.022 / 29.1.	40%	20%	27%	5%	4%	?
Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 27.3.2011								
Emnid	Focus	T • 6.2.	36%	38%	13%	4%	5%	?
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	T • 1.060 / 31.1.-2.2.	35%	37%	13%	5%	4%	6%
Infratest dimap	SWR	T • 1.001/21.1.-24.1.	37%	37%	13%	5%	5%	3%
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2015 oder ???								
Forsa	Stern	T • 1.008 /18.1.-28.1.	35%	34%	17%	4%	4%	6%
Emnid	Rheinische Post	T • 635 / 19.1.-25.1.	36%	36%	15%	4%	4%	5%

T= telefonische Befragung; O= Online-Befragung. Quelle www.wahlrecht.de

Spannende Wahlen im Februar und März

Die bevorstehenden Wahlen sind spannend. Schaffen es die Regierungsparteien von Union und FDP den Eindruck zu vermitteln, der „Aufschwung“ kommt bei allen an und die Mischung von Stabilität und Innovation sei bei den Bürgerlichen am besten aufgehoben? Oder überzeugt die Kampagne der Sozialdemokraten mit Hartz-IV-Blockade im Bundesrat und dem Schulterschluss mit den Gewerkschaften gegen Leiharbeit, womit die SPD den Eindruck vermitteln will, die Ausgegrenzten bräuchten ihren starken Arm? Schaffen es die Grünen, die „Protestkultur“ gegen das Bahnprojek Stuttgart 21 und die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken in Wählerstimmen umzumünzen? Reicht es für die Linke im Westen, kann sie ausreichend Wähler davon überzeugen, dass es auch bei zurückgehenden Arbeitslosenzahlen eines „Wächters“ bedarf, einer Partei, die alle anderen Parteien kritisiert und als Lautsprecher für sozial Benachteiligte wirkt?

Die oben abgedruckten Umfrageergebnisse geben hierauf keine eindeutigen Antworten. Das liegt nicht nur an der generell beschränkten Aussagekraft von Umfragen – ein Wert von 41% für die CDU in Baden-Württemberg heißt allein schon aus statistischen Gründen zwischen 39 und 43 Prozent. Dazu kommt die Schätzkunst der Umfrageinstitute, die vor allem

dann, wenn sich politischen Trends verändern, auch schon erheblich danebengelegt hat.

Es scheint auch beträchtliche regionale Unterschiede zu geben. Während im Ost die Linke sich klar als Volkspartei etabliert hat und sich daraus auch Regierungsbeteiligungen ergeben, sieht es im Westen derzeit nicht so aus, als wäre die Partei sicher in allen Landtagen vertreten. In Hamburg scheint zwar ein Wiedereinzug wahrscheinlich – aber die Bürgerschaft in einem Stadtstaat, in einer Millionenstadt, hat starke Überschneidungen mit der Tätigkeit von Stadträten in anderen Großstädten und dort scheint die Linke auch im Westen überall ein Potential von mehr als fünf Prozent zu besitzen.

Baden-Württemberg: Grüner Höhenflug dauert nicht an

Vor einem Monat waren sich einige schon sicher: Der nächste Ministerpräsident von Baden-Württemberg ist der Grüne Winfried Kretschmann. Der Protest um das Bahnprojekt Stuttgart 21 führte zu Umfragewerten in Richtung 30% für die Grünen. Zusammen mit der SPD und der Linkspartei gab es in den Umfragen eine deutliche Mehrheit vor der Regierungskoalition aus CDU und FDP. Dieser Trend scheint gebrochen. Beide Lager sind in den Umfragen derzeit gleich groß bzw. Schwarz-Gelb leicht überlegen.

Den Grünen scheint auch das Thema abhanden zu kommen. War in der ganzen zweiten Jahreshälfte 2010 für viele in der Region Stuttgart, aber auch im

ganzen Land das Bahnhofsthema das wichtigste, ist es jetzt nach hinten gerutscht (siehe Umfrageergebnisse von „Stuttgarter Zeitung“ und Südwest-Fernsehen unten). An erster Stelle von wichtigen Themen für die Landespolitik steht jetzt wieder die Bildungspolitik, gefolgt von Energie- und Umwelt, der Wirtschaftspolitik, Kinderbetreuung und erst dann kommen die Verkehrspolitik und Stuttgart 21.

Union und FDP in Baden-Württemberg mobilisieren derzeit ihre Anhänger mit dem drohenden Szenario einer „Dagegen-Republik“: die bürgerlichen Parteien seien der Garant für den weiteren Ausbau der Infrastruktur, damit die Wirtschaftsstärke erhalten bleibt. Dagegen gelingt es dem „linken“ Lager nicht, eine Konfrontation aufzubauen. Gewerkschaftliche Kämpfe um Lohn und Gehalt finden nicht statt, wie sonst häufig am Ende einer Krise. Ein großer Teil der Betriebe der Metallindustrie hat die Tarifierhöhung vorgezogen; die Autokonzerne und Zulieferer haben zum Teil beträchtliche Sonderzahlungen gemacht (z.B. Daimler: mehrere hundert Euro für 125 Jahre Auto, zusätzlich noch zur Jahresprämie von 3 125 Euro). Damit hat das Szenario CDU-/FDP-Regierung als Schirmherr von Kapitalinteressen derzeit keine richtig mobilisierende Wirkung.

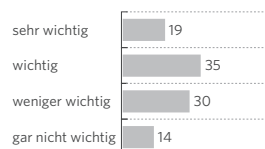
Eine Arbeitslosenquote unter 5% lässt derzeit auch das Bildungsmodell der Union, Aufstieg für alle Fleißigen, durchaus plausibel erscheinen.

Aber die Spannung bleibt, bis gezählt ist.

Alfred Küstler

DIE WÄHLER SIND SICH SICHER – DIE BILDUNGSPOLITIK IST IHNEN AM WICHTIGSTEN

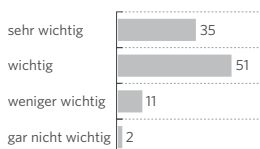
Wie wichtig für Ihre Wahlentscheidung ist Stuttgart 21 und die Verkehrspolitik?
Angaben in Prozent



Wie wichtig für Ihre Wahlentscheidung ist die Schul- und Bildungspolitik?
Angaben in Prozent



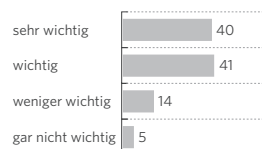
Wie wichtig für Ihre Wahlentscheidung ist die Energie- und Umweltpolitik?
Angaben in Prozent



Wie wichtig für Ihre Wahlentscheidung ist die Wirtschaftspolitik?
Angaben in Prozent



Wie wichtig ist für Sie die Familienpolitik und die Kinderbetreuung?
Angaben in Prozent



StZ-Grafik: mik

Fehlende zu 100%: weiß nicht/keine Angaben

Quelle: Infratest im Auftrag von StZ und SWR

Ägypten in Aufruhr: Historische und geopolitische Fakten

Die arabische Welt ist in Aufruhr. Nach Tunesien, das dabei ist, seine jahrelangen Unterdrücker abzuschütteln, sind die Augen der Welt auf Ägypten gerichtet. Und keiner, zum guten Glück auch nicht die Geheimdienste, wissen wirklich, was sich in den nächsten Tagen und Wochen entwickeln wird. Vieles, vor allem die soziale Zusammensetzung der Bewegung, erinnert an 1979, an die letzten Wochen des Schahs von Persien. Auch damals gingen gut ausgebildete junge Menschen auf die Straßen und protestierten gegen Unterdrückung und Zukunftslosigkeit in ihrem Land. Aber am Ende gab es nicht die gewünschte Landreform zum Vorteil der Bauern und eine demokratisch strukturierte Verfassung, sondern einen islamisch theokratischen Gottesstaat unter der Herrschaft von Khomeini. Der folgende Beitrag möchte dazu helfen, die gegenwärtige Lage anhand von geopolitischen, historischen und parteipolitischen Fakten besser zu verstehen.

Das Land Ägypten

Ägypten ist etwa 1 Million qkm groß, von denen aber nur 35 000 qkm bewohnt und bebaut werden. Das entspricht etwa der Größe Belgiens. Nur vier Prozent der Böden sind fruchtbar, vor allem im Nildelta und im Niltal. Um die landwirtschaftliche Fläche zu vergrößern, beschloss die ägyptische Regierung, Wüstengebiete vor allem im Süden des Landes, künstlich zu bewässern. Dazu wird ein Teil des Nilwassers aus dem Nassersee oberhalb des Assuanstaudammes entnommen. Es entstehen riesige landwirtschaftlich genutzte Oasen mitten in der Wüste, die allerdings enorm viel Wasser



Brotverkäufer in Kairo. Brot, ein Grundnahrungsmittel in Ägypten, wird staatlich subventioniert. Aber die hohen Inflationsraten bei stagnierenden Löhnen haben selbst diese soziale Leistung für die Ärmsten zunichte gemacht. Foto: Edda Lechner

verschlingen. Das bedeutendste davon ist das Toshka-Projekt und das so genannte „Neue Tal“.

Wem gehört der Nil?

Der Nil gehört nicht Ägypten allein. Das Einzugsgebiet des Nils macht etwa 10 Prozent des afrikanischen Kontinents aus. Neun Nilanrainer liegen oberhalb Ägyptens: Sudan, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Uganda, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Tansania. Mit einer Länge von 6 700 km ist der Nil nach dem Amazonas der zweitlängste Fluss der Erde. Seine wichtigsten Quellflüsse sind der Weiße Nil, der in Ruanda, und der Blaue Nil, der in Äthiopien entspringt. In der sudanesischen Hauptstadt Khartum fließen beide zusammen. Als sich die britische Kolonialmacht aus Ägypten und dem Sudan zurückzog, wurde 1959 das Nilwasser zwischen diesen beiden Ländern aufgeteilt. Von der geschätzten jährlichen Wassermenge von 84 Milliarden Kubikmeter wurden Ägypten 66 Prozent zugesprochen, obwohl es am weitesten am Unterlauf liegt, und dem Sudan 22 Prozent. Man schätzte, dass die restlichen 12 Prozent durch Verdunstung verloren gehen. In dem

Abkommen wurden die übrigen Anrainerstaaten überhaupt nicht berücksichtigt. Dabei liefert zum Beispiel die Äthiopische Hochebene 86 Prozent des Nilwassers. Aufgrund der Spannungen im Sudan, wo der Weiße und der Blaue Nil zusammenfließen, wird es Ägypten kaum gelingen, noch mehr Wasser aus dem Nil zu beanspruchen.

Verfügbares Süßwasser

2009 betrug die Menge des verfügbaren Süßwassers 860 Kubikmeter pro Jahr und Kopf. Wenn der individuelle Verbrauch bei wachsender Bevölkerung weiterhin wie bisher ansteigt, könnte sie bis 2017 auf 583 Kubikmeter zurückgehen und läge dann weit unterhalb der Grenze von 1 000 Kubikmeter, ab der laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) Wassermangel herrscht. Ägypten wird hinsichtlich der verfügbaren Süßwassermenge zunehmend mit Problemen zu kämpfen haben. Es muss diese Probleme schnell lösen, will es seine wirtschaftliche Entwicklung und dadurch seine politische und soziale Stabilität gewährleisten.

Das Nildelta ist die „grüne Lunge“ Ägyptens. Dort leben fast zwei Drittel der ägyptischen Bevölkerung und daher stammen 45 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion. Der Meeresspiegel des Mittelmeeres, so Prognosen, wird aufgrund des Klimawandels ansteigen. Bei einem Anstieg von einem Meter in den kommenden 30 oder 40 Jahren würden 15 Prozent der Landfläche im Nildelta überflutet.



Zahlreiche Anbauflächen gingen verloren und sechs Millionen Menschen müssten dem Wasser weichen.

Wirtschaft und Krise

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren in Ägypten aufgrund der seit 2004 konsequent weitergeführten Strukturreformen und eines frühzeitig aufgelegten Konjunkturprogramms weit weniger dramatisch als in anderen Schwellenländern. Der Bankensektor blieb wegen der geringen globalen Verflechtung und einer konservativen, islamisch orientierten Anlagepolitik wenig berührt. Anfang Oktober 2008 gab der ägyptische Börsenindex allerdings kräftig nach und fiel zeitweise um bis zu 16 Prozent. Die Realwirtschaft war in der Krise hingegen stärker betroffen. Die Einnahmen aus den wichtigsten Sektoren, der Erdöl- und Erdgaswirtschaft, dem Tourismus und den Gebühren für den Suezkanal (bedingt auch durch die Schiffspiraterie im Golf von Aden), gingen stark zurück. Das Wirtschaftswachstum sank im vierten Quartal 2008 von bisher konstanten 7 Prozent auf 4,1 Prozent. Um einer weiteren Rezession entgegenzuwirken, verabschiedete das Parlament im Februar 2009 ein Konjunkturpaket in Höhe von umgerechnet rund 2,7 Mrd. US-Dollar, hauptsächlich für Infrastrukturmaßnahmen.

Bevölkerung in Armut

Mit 80 Millionen Einwohnern (2010) ist Ägypten der bevölkerungsreichste arabische Staat. Da die durchschnittliche Geburtenziffer des Landes immer noch drei Kinder je Frau beträgt, dürfte etwa im Jahre 2025 die ägyptische Bevölkerung die Hundert-Millionen-Grenze überschreiten. Über 80 Prozent der Ägypter sind Muslime, überwiegend Sunniten, sie gehören zur gemäßigt orthodoxen Mehrheit des Islam. Daneben gibt es die christlichen Kopten, eine eigenständige jahrhundertealte ägyptische Kirche, die heute 15 Prozent ausmachen. Die Bevölkerung spricht neben dem ägyptischen Arabisch auch Nubisch und Berberisch; Englisch und Französisch sind Handelssprachen.

In der Landwirtschaft sind 30 Prozent, in der Industrie 20 Prozent und im öffentlichen Dienst 50 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt (2003). Etwa 40 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Inflationsrate stieg im März 2008 auf 15,8 Prozent.

Aufgrund der explodierenden Weltmarktpreise und eines blühenden Schwarzmarkthandels mit Weizen verdoppelten sich die Preise für nicht staatlich subventioniertes Brot innerhalb eines Jahres. Pflanzenöl, Gemüse und Fleisch verteuerten sich innerhalb von drei Jahren zwischen 33 Prozent

und 145 Prozent, während die Löhne in vielen Bereichen seit Jahren stagnieren.

Die Geschichte der Republik Ägypten

Am 23. Juli 1952 stürzte die Bewegung der „Freien Offiziere“ den 1936 zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft inthronisierten **König Faruk** (1920 – 1965). Ägypten wurde eine Republik, war aber nie eine entwickelte Demokratie, wie sie der Westen gerne propagiert. Das politische Leben wurde stets vom Militär dominiert, und seit dem Putsch der „Freien Offiziere“, der **Gamal Abdel Nasser** (1918–1970) an die Macht brachte, war das Land eine Militärdiktatur. Allerdings in der Form eines „arabischen Sozialismus“. Nasser half den Bauern, setzte eine Landreform durch, verstaatlichte den Suezkanal, ließ den Assuan-Staudamm bauen und machte Ägypten zu einer führenden Kraft innerhalb der Bewegung der Blockfreien. Mit dieser Politik hatte Nasser Erfolge vorzuweisen. Wenn Nasser sprach, hörte die ganze arabische Welt zu. Nassers Politik bewirkte auch, dass Ägypten vom Ausland ernst genommen wurde. Das war für das Selbstbewusstsein der Ägypter von entscheidender Bedeutung. Daher ist er für viele immer noch ein Idol.

Aber es gab auch mehrere spektakuläre Misserfolge: das fatale militärische Eingreifen im Jemen, die katastrophale Niederlage im Krieg von 1967, der mit der israelischen Eroberung der Sinai-Halbinsel endete und die Schaffung eines riesigen ineffektiven öffentlichen Sektors.

Sein Nachfolger **Anwar as-Sadat** (1918–1981), gab die panarabische Vision auf und handelte nach der Parole „Ägypten zuerst“. Wie Nasser war auch er ein Staatsmann mit bemerkenswertem Gespür für den richtigen Zeitpunkt. Indem er die Armee 1973 zu einem Teilsieg gegen Israel führte – Hosni Mubarak kommandierte den entscheidenden Schlag der Luftwaffe –, löschte er die „Schande von 1967“ aus und erreichte am Ende die Rückgabe des Sinai. Im Jahre 1979 schloss Sadat einen Friedensvertrag mit dem Staat Israel. Das führte zur Empörung der arabischen Welt, verschaffte Ägypten aber eine Rolle auf der internationalen Bühne.

Hosni Mubarak: „Bis zum letzten Atemzug“

Nach dem Anschlag auf Sadat im Jahre 1981 übernahm **Hosni Mubarak** (geboren 1928) die Führung des Landes. Obwohl Mubarak die Beziehungen mit der Arabischen Liga und den arabischen Staaten wieder belebte, verlor sein Land dramatisch an Einfluss in der arabischen-islamischen Welt. Als regionale Führungsmacht wurde Ägypten längst von Saudi-Arabien verdrängt, von nichtarabischen Ländern wie Iran

und Türkei ganz zu schweigen. Selbst das winzige Emirat Qatar betreibt eine unabhängigere Außenpolitik. Das große Ägypten wird von den meisten Arabern – wie von den Ägyptern selbst – als Schützling der USA und Israels angesehen. Mubaraks Reformen haben Ägypten nicht zum „Tigerstaat am Nil“ gemacht. Nach wie vor ist die Wirtschaft vom Ölpreis, von den Finanzhilfen der USA und vom Tourismus abhängig, und noch muss das Land mehr als die Hälfte seines Weizenbedarfs importieren.

Der Niedergang ist nirgends so deutlich zu spüren wie in Kairo. Die riesige Stadt ist heute zu großen Teilen ein gigantischer Slum, die Luft ist so mit Abgasen verpestet, dass das Atmen schwer fällt. Ähnlich bedrückend ist auch die politische Atmosphäre. Frustration, Scham, Erniedrigung, das sind die Worte, mit denen Ägypter ihre Gefühle beschreiben. Etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt im Elend. Mehr als ein Drittel der 19 Millionen Einwohner von Kairo hat keinen Zugang zu sauberen Trinkwasser und einer Abwasserentsorgung. Zehntausende hausen in den steinernen Familiengrüften eines riesigen Friedhofs, der so genannten Stadt der Toten.

Außenpolitisch hat Mubarak aus dem Schicksal Sadats eines gelernt: Man kann mit Israel vielleicht Verträge, aber auf keinen Fall Freundschaft schließen. Er hielt sich also an das israelisch-ägyptische Friedensabkommen vom 26. März 1979, reiste aber nie nach Tel Aviv und vermied alle demonstrativen Gesten, die das ägyptische Ehrgefühl verletzt hätten. Antiisraelische Tiraden in der Presse nimmt er hin, damit die Gegner einer „Normalisierung“ der Beziehungen mit Tel Aviv Dampf ablassen können. Zugleich entwickelte er mit Israel eine Handels- und Sicherheitspartnerschaft, die sehr viel weiter geht, als es für Sadat vorstellbar gewesen wäre. Heute arbeiten zum Beispiel die beiden Geheimdienste eng zusammen, und Mubarak unterstützt die palästinensische Autonomiebehörde in ihrem Kampf gegen die Hamas mit Waffenlieferungen und militärischen Ausbildern.

Heute ist Hosni Mubarak 82 Jahre alt und regiert seit über 29 Jahren. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr hatte er bereits verkündet, seinem Land „bis zum letzten Atemzug und bis zum letzten Schlag meines Herzens“ zu dienen. Noch versucht er, sein Versprechen wahr zu machen. Kandidieren will er allerdings nicht mehr.

Parteienvielfalt ohne Gegenstruktur

Die maßgebliche politische Partei, mit der Mubarak seine Maßnahmen organisiert hat, ist die **Nationaldemokratische Partei (NDP)**. Sie verweist stolz



Militär mitten in Kairo vor dem Ägyptischen Museum. Der Aufstand hat vor allem junge Menschen auf die Straße getrieben.

auf die fortschreitende Integration der ägyptischen Wirtschaft in den Weltmarkt und auf die Wachstumsraten von 7,5 Prozent. Die Bevölkerung erlebt das anders: Die Inflation ist seit 2003, als der Wechselkurs des ägyptischen Pfunds freigegeben wurde, drastisch gestiegen, die Arbeitslosenquote liegt bei 26,3 Prozent.

Mubaraks wichtigster innenpolitischer Gegner ist die **Muslimbruderschaft**, die ihm zugleich sehr nützlich ist. Denn sie erlaubt ihm, sich gegenüber dem Westen und der verschreckten ägyptischen Mittelklasse als Retter aufzuspielen. Die 1928 gegründete Bruderschaft ist seit langem die größte und am besten organisierte Oppositionsbewegung. Obwohl sie ihre Strategie in der Vergangenheit immer wieder verändert hat, sind ihre Kernforderungen dieselben geblieben: soziale Gerechtigkeit, ein korruptionsfreies Regierungssystem nach islamischen Grundsätzen, Widerstand gegen den Imperialismus und Solidarität mit den Palästinensern.

In den 1940er Jahren standen sowohl Nasser als auch Sadat der Bewegung nahe. Den Putsch von 1952 hatten die Muslimbrüder zunächst unterstützt, sich dann aber zu Nassers schärfsten Kritikern entwickelt. 1954 verübte ein Mitglied der Bruderschaft ein Attentat auf Nasser, der daraufhin eine erste Verhaftungswelle anordnete. Im Lauf der Zeit wurden zehntausende Muslimbrüder ins Gefängnis geworfen und gefoltert, darunter der radikale Theoretiker Sayyid Qutb, der zum Heiligen Krieg gegen den ägyptischen Staat aufrief. Nachdem dieser 1966 zum Tode verurteilt und aufgehängt worden war, distanzierte sich die Bruderschaft von der Gewalt. In der Sadat-Ära beschränkte sie sich darauf, islamische Werte zu proklamieren, die Korruption zu verurteilen und vor allem die Armen mit medizinischen und sozialen

Einrichtungen zu unterstützen. Dies finanzierte sie durch ihre eigenen islamischen Banken und durch Spenden ihrer wohlhabenden Anhänger sowie durch Saudi-Arabien und andere Golfstaaten. Der breite Rückhalt, den die Bruderschaft in der Bevölkerung genießt, beruht vor allem auf dieser Hilfe für die Armen. Mubarak blieb also gar nichts anderes übrig, als sich mit den Muslimbrüdern zu arrangieren.

Die Stellung der Bruderschaft wird häufig mit der Formel „verboten, aber toleriert“ beschrieben: „verboten“, weil sie bei unbeschränkter Aktionsfreiheit dem Regime gefährlich werden könnte; „toleriert“, weil sich Mubarak quasi mit deren Hilfe als einziges Bollwerk gegen eine Machtergreifung der Islamisten darstellen kann. Auf Druck Washingtons erlaubte Mubarak 2005 erstmals die Beteiligung der Muslimbrüder an den Parlamentswahlen. Zum Entsetzen der liberalen Opposition und der Bush-Regierung gewannen sie 88 der 160 Mandate, um die sie sich beworben hatten, erlangten ein Fünftel aller Unterhaussitze und wurden zweitstärkste Partei.

Danach durfte die Bruderschaft zu den Oberhauswahlen von 2007 nicht mehr antreten, und von den etwa 5 000 Kandidaten, die sie bei den Kommunalwahlen 2008 ins Rennen schicken wollte, wurden nur zwei Dutzend zugelassen. Seitdem wurden wieder hunderte Muslimbrüder verhaftet, vorzugsweise prominente Vertreter der gemäßigten Richtung, die auf Reformen drängt. Auch das stärkte natürlich die Hardliner innerhalb der Bruderschaft. Deren Anführer ist Mohammed Badie, der 1965 mit Sayyid Qutb im Gefängnis saß. Seine „Gruppe von 1965“ stützt sich vor allem auf konservative Muslime vom Lande, von denen viele in den Golfstaaten gearbeitet haben und von dort beeinflusst sind. Das Ergebnis ist eine stillschweigende Machtaufteilung

zwischen Mubarak und der Bruderschaft, hinter der sich ein gemeinsames Interesse verbirgt: Beide Seiten wollen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, dass die Muslimbrüder als einzige Alternative zum aktuellen Regime wahrgenommen werden.

1996 wurde die **Zentrumspartei** von dem gemäßigten Islamisten Abdul-Ela Madi gegründet, der enge Verbindungen zu Linken, Nasseristen und Liberalen unterhält. Madi steht dem Reformflügel der Muslimbrüder nahe und verfechtet eine Art islamischen Konstitutionalismus, der islamische Traditionen mit dem liberalen Rechtsstaat in Einklang bringen will. Er hat sich von den Muslimbrüdern abgewendet, weil in seinen Augen die Moslembruderschaft und die Regierungs-Partei NDP nur zwei Gesichter ein und derselben Sache und verantwortlich für die ägyptischen Krise sind. Deshalb gründete Madi eine Partei, die einerseits in islamischen Werten wurzelt, andererseits die Trennung von Politik und Religion bejaht und auch Kopten und Frauen aufnimmt. Das Experiment ist bislang nicht sehr erfolgreich, die Partei ist noch nicht zu Wahlen zugelassen worden. Dabei ist die Zulassung zu Wahlen in Ägypten keine Garantie für politischen Einfluss. Keine der zwei Dutzend zugelassenen Oppositionsparteien hat eine nennenswerte Anhängerschaft – schon allein deshalb, weil das seit 1982 herrschende Kriegsrecht die Versammlungsfreiheit stark einschränkt.

Rif'at al-Said, der Führer der linken **National Progressive Unionist Partei**, sieht in den ägyptischen Parteien lediglich „Gruppen von Individuen, die auf der Oberfläche der Gesellschaft treiben“ und mithelfen, die Illusion demokratischer Verfahren zu erzeugen. Sie verfügt im Unterhaus über zwei von 454 Sitzen.

Sechs Sitze hat die 1983 gegründete **Neue Wafd-Partei**, die für einen kons-

stitutionellen Liberalismus eintritt. Ihr Generalsekretär Munir Fakhri Abdel-Nur ist ein kosmopolitischer Mann, der aus der Zeit vor der Nasserschen Revolution zu stammen scheint, in der die Politik noch den Eliten vorbehalten war. Er will das System zwar öffnen, aber nicht zu sehr und zu schnell. Auf die Frage, ob das Verbot der Muslimbrüder aufgehoben werden soll, sagte nach einigem Zögern: „Das ist eine knifflige Frage. Ägypten ist ein Land, in dem es zwei Religionen gibt. Eine Islamische Republik Ägypten kann und wird es nie geben. Wir können keine muslimische Partei akzeptieren, die sagt, ein Kopte oder eine Frau darf hier nicht Präsident werden. Und ich lasse mich nicht von Leuten regieren, die sich einem malaysischen Muslim näher fühlen als einem christlichen Ägypter. In der Bruderschaft gibt es auch gute Leute, bei denen fragt man sich, warum sie nicht bei uns sind. Aber insgesamt traue ich ihnen nicht.“

Ussama al-Ghazali Harb, der Gründer der **Demokratischen Partei (DP)** Al-Ghazali ist überzeugt, „Hosni Mubarak wird seinen Posten nicht mal eine Stunde vor seinem Tod räumen. Hier gibt es keinen Vizepräsidenten wie in den USA. Hier ist man entweder im Amt oder im Grab. Und fünf, sechs Minuten nach Mubaraks Tod werden die Panzer auffahren.“ Letztes Jahr wagte al-Ghazali Harb laut zu sagen, was viele insgeheim denken: Wenn Mubarak stirbt oder zurücktritt, sollte die Armee die Macht übernehmen. Dann könnte man eine neue Verfassung verabschieden und nach zwei, drei Jahren zu einer Zivilregierung zurückkehren. Auf die Frage, wer eine solche Übergangsregierung führen soll, antwortet er ohne Zögern: „Omar Suleiman“.

Gemeint ist **Omar Suleiman**, der Chef des ägyptischen Geheimdienstes, der sowohl Generalleutnant der Armee als auch Minister in Mubaraks Kabinett ist. Der zweitmächtigste Mann in Ägypten ist einer der fähigsten Spionagechefs im gesamten Nahen und Mittleren Osten und spielt eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas. Omar Suleiman wurde 1935 in Oberägypten in ärmlichen Verhältnissen geboren. In den 1960er Jahren studierte er, wie Mubarak, an der Frunse-Militärakademie in Moskau, um in den 1980er Jahren, als Ägypten ins westliche Lager wechselte, seine Ausbildung in den USA an der John F. Kennedy Special Warfare School in Fort Bragg (North Carolina) fortzusetzen.

Der Kampf gegen die radikalen Islamisten hat Suleiman und Mubarak zusammengeweißt. Seine Erfolge bei der Zerschlagung von Aufständen sowie seine Dossiers über die ägyptischen Fundamentalisten, die bei al-Qaida eingestiegen sind, machten ihn

nach dem 11. September 2001 zu einem wichtigen und nützlichen Partner der USA.

Was wird aus Ägypten?

Transatlantische Absprachen auf der Münchner Militärkonferenz am 6. Februar 2011 in München sollen einen unkontrollierten Zusammenbruch des Mubarak-Regimes verhindern helfen. Der Westen bangt darum, seinen Einfluss zu verlieren. In den Augen der USA könnte Suleiman schon der richtige Mann sein. Nichts, was Suleiman bislang gesagt oder getan hat, lässt aber irgendwelche reformerische Ambitionen erkennen. Auch ist unklar, ob er überhaupt Mubaraks Nachfolger werden will.

Im Dezember 2009 waren die Reformer wie elektrisiert von der Aussicht, dass **Mohammed al-Baradei** als unabhängiger Präsidentschaftskandidat antreten könnte. Der frühere Vorsitzende der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) kam 1942 in Kairo als Sohn eines liberalen Anwalts zur Welt, der sich als Präsident des ägyptischen Anwaltsverbands sowohl unter Nasser als auch unter Sadat für eine unabhängige Justiz einsetzte. Al-Baradei verbrachte den größten Teil seines Lebens im Westen. 2005 erhielt er für seine Arbeit bei der IAEO den Friedensnobelpreis. Als IAEO-Chef hatte er sich wegen der Inspektionen im Irak und im Iran mit der Bush-Regierung angelegt. Schon deshalb genießt er in Ägypten großen Respekt. Als er im Februar nach Ende seiner dritten Amtszeit von Wien nach Kairo zurückkehrte, wurde er am Flughafen von tausend Anhängern begrüßt. Inzwischen hat er sich mit Vertretern der Opposition getroffen und sich in Interviews hart über das politische Leben in Ägypten geäußert. Er kommt von außen und ist nicht durch irgendwelche Kompromisse und Absprachen an die politischen Parteien gebunden. Seine Ziele formuliert er immer noch allgemein, aber geht in die richtige Richtung: Wiederherstellung des Rechtsstaats, sozialer Schutz für die Armen.

Allerdings: Mit dem Austausch von Personen ist es in Ägypten nicht mehr getan.

Quellen:

Fouad N. Ibrahim und Barbara Ibrahim: „Ägypten – Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik“, Darmstadt 2006

Virginie Raisson: „2033, Atlas des futurs du monde“, Editions Robert Laffont, 2010

„Der Fischer Weltalmanach“, Frankfurt am Main 2010.

„Mubarak am Ende – Ägypten sucht seine Zukunft“ von Adam Shatz; in: „Le Monde diplomatique“ Nr. 9234 vom 9.7.2010

Karl-Helmut Lechner

Türkei: Für eine Reform der Arbeitsgesetze jetzt!

Wenngleich die Türkei von der ILO nachdrücklich kritisiert und ange-mahnt wurde, hat sie bislang nichts unternommen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Artikel Nr. 87 und 98 der ILO-Konventionen zu schaffen. Aufgrund von Verboten und Einschränkungen ist es Millionen von Arbeitern nicht möglich, ihre grundlegenden Rechte wahrzunehmen. Tausende von Arbeitern sind verschiedenen Repressionen ausgesetzt – sie werden entlassen oder inhaftiert. Obwohl die regierende AKP mehrfach versprach, sich des Themas anzunehmen, ist seit 2002 eine Reform der Arbeitsgesetzgebung nicht angepackt worden. Die Bedingungen im industriellen Sektor der Türkei gehen noch immer auf Gesetze zurück, die nach dem Militärputsch von 1980 eingeführt wurden. Die Vereinigung der Fortschrittlichen Gewerkschaften der Türkei (DISK) bittet um Unterstützung. Sie ist überzeugt, dass Protestschreiben an den Premierminister und den Arbeitsminister wirksam sein würden und einen internationalen Druck auslösen könnten auf die türkische Regierung, endlich die Arbeitsgesetze den ILO-Konventionen und der jüngsten europäischen Sozialcharta anzupassen.

Quelle: <http://www.labourstart.org>, 29.1.2011

40 JournalistInnen 2010 in Lateinamerika ermordet

2010 verloren 40 JournalistInnen aus sechs lateinamerikanischen Ländern ihr Leben. Diese Zahl nennt die Kommission zur Untersuchung von Angriffen auf JournalistInnen des lateinamerikanischen Verbandes der JournalistInnen und ReporterInnen in ihrem kürzlich erschienenen Jahresbericht. Damit ist die Todesrate gestiegen, im Vergleich zum Vorjahr mit 32 Mordfällen an ReporterInnen aus acht lateinamerikanischen Ländern. Zu den für JournalistInnen gefährlichen Ländern des Jahres 2010 gehören Brasilien mit zwei Fällen, Kolumbien sieben, Ecuador zwei, Guatemala zwei, Honduras zehn und Mexiko 17 Fällen. Damit steht der lateinamerikanische Kontinent im Weltvergleich an erster Stelle. Gleichzeitig fällt auf, dass in den Ländern mit der höchsten Todesrate, Mexiko und Kolumbien, die Morde von Mitgliedern bewaffneter Einheiten der Drogenkartelle begangen wurden und Straflosigkeit in allen diesen Fällen herrscht. Zu den Morden kommen zahllose Übergriffe und Attentate auf JournalistInnen im vergangenen Jahr. Ziele dieser Angriffe sind die Behinderung der Pressearbeit und der kritischen Berichterstattung.

Nachrichtenspool Lateinamerika, <http://npla.de>

Fiat-Arbeiter erpresst

Beim Referendum über den neuen Werksvertrag im Turiner Fiat-Werk Mirafiori haben die Befürworter mit 54 Prozent knapp gesiegt. Der Vertrag sieht flexiblere Verträge, längere Arbeitsschichten und kürzere Pausen vor. Wären nicht die Angestellten gewesen, wäre er abgelehnt worden. Zumindest die Arbeiter an den Montagelinien und in den Lackierereien haben sich dem „Diktat“ der Konzernspitze nicht gebeugt und mit Nein gestimmt. Der am 23. Dezember unterzeichnete Tarifvertrag sieht vor, dass die Pausen während der Achtstundenschicht nicht mehr 40, sondern nur noch 30 Minuten dauern. Außerdem werden die Arbeitszeiten wesentlich flexibler gestaltet: Wenn die Firma will, kann sie die Beschäftigten an vier Tagen hintereinander bis zu zehn Stunden arbeiten lassen und sie kann Überstunden und Samstagsarbeit anordnen. Wird der Krankenstand zu hoch, werden die ersten beiden Krankheitstage nicht mehr bezahlt, sofern sie auf Tage nach den Ferien oder andere Ruhetage folgen. Weiterhin wird das Streikrecht drastisch eingeschränkt: Den Arbeitnehmern droht Kündigung, den Gewerkschaften der Entzug der Freistellungskontingente für ihre Betriebsdelegierten. Noch wichtiger aber ist ein weiterer Punkt: Gewerkschaften, die den Vertrag nicht unterzeichnen, sind raus aus dem Unternehmen. Ihre Kandidaten dürfen sich nicht mehr als Arbeitnehmervertreter zur Wahl stellen – aber Wahlen sind sowieso abgeschafft: In Zukunft werden jene Gewerkschaften, die Ja zum Vertrag gesagt haben, ihre Vertreter im Betrieb direkt von oben nominieren.

Quelle: LabourNet Germany, 17.1.2011

Türkische Studierende protestieren gegen Regierungspolitik

Wie schon im Dezember demonstrieren in der türkischen Hauptstadt Ankara mehrere Hundert Studierende gegen die Hochschulpolitik der Regierung von Premierminister Recep Tayyip Erdogan. Mit Wasserwerfern und Tränengas verhinderte die Polizei den geplanten Marsch der Studierenden zur Zentrale der Regierungspartei AKP. Rund 500 Studierende der Technischen Universität des Nahen Ostens (Orta Dogu Teknik Üniversitesi, ODTÜ) in Ankara haben mit Plakaten mit der Aufschrift „Wir rebellieren“ ihrem Unmut über die Hochschulpolitik der Regierung Luft gemacht. Ihr Protest richtet sich insbesondere gegen angekündigte Privatisierungen im Hochschulbereich. Die Polizei blockierte die Tore der Universität, um die Studierenden am Verlassen des Hochschulgeländes zu hindern. Die Demonstrant/innen

en bewarfen die Polizisten daraufhin mit Steinen und Plastikflaschen. Ein Kameramann wurde verletzt. Bereits im Dezember waren Polizisten hart gegen demonstrierende Studierende in Istanbul und Ankara vorgegangen. Ministerpräsident Erdogan stellte sich damals hinter das Vorgehen der Polizei, warf den Studierenden Verbindungen zu extremistischen Gruppierungen vor und kritisierte die Medien für ihre Berichterstattung über den Polizeieinsatz. Der Ärger der Studierenden wurde durch ein zuvor gefälltes Gerichtsurteil gegen achtzehn ihrer Kommiliton/innen zusätzlich geschürt: Letztere wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt, weil sie im Jahr 2008 „ohne Autorisierung“ gegen eine Rede Erdogans an der Technischen Universität Istanbul demonstriert hatten.

HIS, Hochschulnachrichten, Quellen: AFP, ESNA, 7.1.2011

Südafrika: Wal-Mart „erobert“ Afrika

Wal-Mart hat die Mehrheit beim größten südafrikanischen Handelskonzern Massmart übernommen. Die Gewerkschaften fürchten Jobverluste und kündigen Proteste an. Wal-Mart eilt auch in Südafrika der Ruf des Lohndrückers und Gewerkschaftsfeinds voraus. Der US-Konzern selbst erhofft sich von seinem Einstieg in die wachsenden Märkte Afrikas noch ganz andere Zahlen. Die umgerechnet 1,8 Milliarden Euro, die sich Wal-Mart die Übernahme kosten lässt, verschaffen dem Konzern Zugang zu 15 afrikanischen Ländern, in denen Massmart mit seinen acht Supermarkt- und Baumarktketten aktiv ist. Analysten loben die zweitgrößte Investition des Branchenriesen in den vergangenen zehn Jahren daher auch als Vertrauensbeweis in den wirtschaftlichen Aufschwung Afrikas, der Unternehmensberater McKinsey prognostiziert eine weiter stark wachsende kaufkräftige Mittelschicht in den prosperierenden Ökonomien des Kontinents. Die meisten Massmart-Angestellten dürften allerdings auch in Zukunft nicht zum erlauchten Kreis dieser glücklichen Konsumenten zählen.

Der südafrikanische Gewerkschaftsbund Cosatu will die Übernahme daher mit allen Mitteln bekämpfen. „Wir werden Boykotte organisieren“, kündigte Cosatu-Vizepräsident Tyotyo James an. Die Gewerkschafter, die sich bereits international gegen Wal-Mart vernetzt haben, befürchten vor allem Arbeitsplatzverluste in der Zulieferkette und durch steigenden Preisdruck auch schlechtere Arbeitsbedingungen bei den Produzenten sowie einen Wettbewerb über die Produktqualität. Ein mahnendes Beispiel lieferte bereits vor Monatsfrist der Geflügellieferant Supreme Poultry, der nach entsprechenden

Berichten zugeben musste, Hühnerfleisch mit abgelaufenem Verfallsdatum aufbereitet und an Billigketten und Township-Geschäfte weiterverkauft zu haben.

Quelle: Labournet, 25.01.2011

UGTT unterstützt Proteste in Tunesien mit Streiks

Am Freitag, den 14. Januar 2011, beteiligten sich die im UGTT (Dachverband der tunesischen Gewerkschaften) organisierten Arbeitnehmer/innen an einem zweistündigen Generalstreik, um gegen das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen den Volksaufstand zu protestieren, zu dem es angesichts der wirtschaftlichen Probleme, der hohen Arbeitslosenraten und der Korruption der Familie des Präsidenten gekommen war.

In Anerkennung der Notwendigkeit, auf die legitimen Forderungen der Protestbewegung zu reagieren, kam der nationale Rat des UGTT am 11. Januar zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und verabschiedete eine öffentliche Stellungnahme:

- Er verurteilte den Einsatz von Waffengewalt durch die Polizeikräfte und die vielen Toten;
- erklärte sich solidarisch mit den Angehörigen der Opfer und bot ihnen seine Unterstützung an;
- forderte die Einrichtung einer Untersuchungskommission, um die Umstände zu klären, unter denen auf die Demonstranten geschossen wurde, und die Verantwortlichen festzustellen;
- forderte in Übereinstimmung mit internationalem Recht und der tunesischen Verfassung das Recht auf Redefreiheit und das Recht auf friedliche Kundgebungen ein, und erinnerte daran, dass es das tunesische Volk war, das diese Rechte nach langwierigen nationalen Kämpfen und infolge sozialer Entwicklung errungen hat;
- verlangte die unverzügliche Freilassung aller in Verbindung mit den Protesten verhafteten Personen;
- verurteilte die Zerstörung von gewerkschaftlichem Eigentum durch die Polizei in Kasserine und wies die verzweifelten Versuche der Regierung zurück, der Gewerkschaft die Schuld für die tragischen Ereignisse im Land zu geben;
- verlangte eine Unterstützung für Arbeitslose, die zumindest ihre grundlegenden Bedürfnisse abdeckt und eine kostenlose medizinische Versorgung vorsieht;
- rief zur Schaffung eines Ausschusses für den nationalen Dialog auf, der feststellen soll, welche wirtschaftlichen und sozialen Reformen nötig sind, um für nationale Stabilität und Sicherheit und das Wohlergehen aller zu sorgen.

<http://cms.iuf.org>, 18.1.2011

22 000 fordern eine ökologisch bäuerliche Landwirtschaft

BERLIN: Unter dem Motto „Wir haben es satt – Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporten“ haben am 22. Januar 2011 in Berlin 22 000 Teilnehmer für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft und besseren Verbraucherschutz demonstriert. Zuvor riefen bereits über 400 WissenschaftlerInnen in einem gemeinsamen Appell zum Ausstieg aus der Massentierhaltung auf. Bei der bislang größten Demonstration dieser Art zogen Bauern, Umweltschützer, Imker und Verbraucher gemeinsam vom Berliner Hauptbahnhof zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Mit 60 Bussen, Zügen und über 70 Traktoren waren Tausende Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet zu der Demonstration angereist. Getragen wurde die Veranstaltung von mehr als 120 Bauern- und Umweltverbänden, Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung und Gentechnik, sowie von Eine-Welt-Gruppen. Anlass der Demonstration



on war die von der Bundesregierung ausgerichtete Agrarwirtschaftskonferenz, die am gleichen Tag auf der „Grünen Woche“ in Berlin begann. Auf der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor wurde als Konsequenz aus dem Dioxin- und anderen Lebensmittelskandalen gefordert, Bundesregierung und

EU sollten statt Agrarfabriken die bäuerliche Landwirtschaft fördern. „Die Bundesregierung muss endlich begreifen, dass sie bei Fortsetzung ihrer Blockadepolitik gegen eine nachhaltige und gerechte Agrarreform in Europa schon beim nächsten Lebensmittelskandal wieder ins Schlingern gerät. Die Gesellschaft fordert die Durchsetzung einer artgerechten Tierhaltung, die Abkehr vom Irrweg der Gentechnik und die Umlenkung der Subventionen weg von der Agrarindustrie hin zur bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Besonderen Beifall erhielt die Rede des alternativen Nobelpreisträgers Nnimmo Bassey aus Nigeria, Vorsitzender der internationalen Umweltorganisation Friends of the Earth (Freunde der Erde). Die Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik seien für die Entwicklungsländer verheerend, der weltweite Protest der Zivilbevölkerung gegen Gentechnik, Agrarfabriken und Dumping-Exporte für die Ernährungssicherheit der Welt dringend notwendig. www.meine-landwirtschaft.de/www.gegen-massentierhaltung.de

12. März gegen Atomenergie: Menschenkette durch Baden-Württemberg

STUTTGART. Am 12. März gibt es quer durch Süddeutschland das nächste große Protestereignis gegen Atomenergie. Wie schon im letzten April in Norddeutschland bilden AKW-Gruppen eine riesige Menschenkette auf mehr als 40 Kilometern zwischen dem AKW Neckarwestheim und der Landeshauptstadt Stuttgart. Warum am 12. März? Weil zwei Wochen später in Baden-Württemberg Landtagswahlen sind. Und weil der kommenden Regierung, ganz egal aus welchen Parteien sie bestehen wird, ein starkes und unübersichtliches Zeichen gegeben werden soll. Warum gerade Baden-Württemberg? Weil dort nicht nur vier AKW, sondern mit Neckarwestheim 1 auch einer der ältesten und gefährlichsten Atommeiler steht. Weil die Landesregierung als oberste Atombehörde im Ländle und Miteigentümerin des Betreiberkonzerns EnBW direkt über deren Weiterbetrieb entscheidet. Und weil der jetzige Ministerpräsident Stefan Mappus einer der größten Verfechter der Atomenergie ist. Die Wahl in Baden-Württemberg ist also auch eine Abstimmung über die schwarz-gelbe Atompolitik und der Protest im Süden wirkt auch auf die Bundesregierung in Berlin. www.ausgestrahlt.de

1 000 fordern in Grohnde: Stopp MOX-Transporte!

GROHNDE. Etwa 1000 Atomkraftgegner haben am 15.1.2011 gegen den geplanten MOX-Brennstoff-Transport aus dem britischen Sellafield zum Atom-

kraftwerk Grohnde demonstriert. Vor dem AKW Grohnde kam es zu einer symbolischen Sitzblockade. An Aktion beteiligten sich auch ca. 50 Landwirte aus der Region mit ihren Traktoren. Für das erste Quartal 2011 hat der Atomkonzern E-On ein Transport von 16 plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelementen von beim Bundesamt für Strahlenschutz beantragt. Die Atomkraftgegner fordern vom Bund und den Bundesländern Niedersachsen, Hamburg und Bremen den Stopp der Transportplanungen. Die Atomkraftgegner begründeten die Forderungen mit der Gefahr eines Unfall während des Transports, dem erhöhten Risiko beim Einsatz dieser Brennelemente im Reaktor und mit der doppelt so hohen Strahlung bei der ohnehin ungeklärten Entsorgung von Brennelementen. Angelika Claßen vom Antiatombündnis „Bielefeld-steigt-aus“ wies in ihrer Rede vor dem Atomkraftwerk auf das Bürgerbegehren in Bielefeld hin, das fordert, dass die Stadtwerke Bielefeld ihre Anteile am AKW Grohnde verkaufen und stattdessen in 100% erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren. **Quelle: Anti-Atom-Plenum**

Weserbergland – www.contratom.de



Brennender Protest für Flüsse in 45 Städten

HAMBURG. Tausende Fackeln brannten am 29. Januar 2011 um 17 Uhr in acht Bundesländern und 45 Städten entlang der Elbe, Saale, Schwarzen Elster und Donau. Die Veranstalter Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und das Regionale Bündnis gegen Elbvertiefung konnten die Teilnehmerzahlen auf 7 000 Personen nach oben korrigieren und sind zufrieden: Selbst im Winter stellen sich die Menschen an den Flüssen vor ihre einzigartige Landschaft. Gemeinsamer Tenor der bundesweiten Veranstaltung ist die Forderung nach einem ökologischem Hochwasserschutz und dem Schutz der Flusslandschaften vor nutzlosen Wasserstraßenprojekten, die teuer sind und den Flüssen schaden. Unter dem Deckmantel Aufbau Ost wurden in den letzten 20 Jahren gigantische 3,4 Mrd. Euro für Wasserstraßenprojekte im Osten Deutschlands ausgegeben. Doch die beschworene Verlagerung der Transporte auf das Güterschiff hat nicht stattgefunden. An Elbe und Saale bewegen sich die Transportmengen auf unterstem Niveau. Auf Druck des Bundesrechnungshofes und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages muss nun Minister Ramsauer reagieren und stoppt offenbar Bauprojekte an Wasserstraßen, die kaum befahren werden. Laut Ernst Paul Dörfler, Leiter des BUND-Elbeprogrammes, seien Baumaßnahmen an Flüssen mit unseriösen Prognosen begründet worden. Oft würden nicht einmal Nutzen-Kosten-Analysen vorgelegt. www.bund.net

Paritätischer kritisiert neue Regelungen zum Ehrenamt

BERLIN. Als völlig inakzeptabel kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Pläne der Bundesregierung, Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliches Engagement künftig als Einkommen voll auf den Hartz-IV-Regelsatz anzurechnen. Der Verband unterstützt die Forderungen der SPD und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die rechtliche Diskriminierung von Hartz-IV-Empfängern im Ehrenamt zu verhindern. „Während das Engagement normalerweise durch einen steuerlichen Freibetrag von 2100 Euro honoriert wird, wird der Langzeitarbeitslose für seinen freiwilligen Einsatz im Sportverein oder als ehrenamtlicher Bürgermeister durch Kürzungen seines Regelsatzes bestraft. Sollte diese Regelung Gesetzeskraft erlangen, würde die Zweiklassen-Gesellschaft auch im Ehrenamt Einzug halten“, warnt Eberhard Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. „Statt froh zu sein, wenn Hartz-IV-Empfänger sich trotz ihrer schwierigen Lage für unser Gemeinwesen engagieren, manifestiert die Bundesregierung Ausschluss und Ausgrenzung“, so Jüttner. Es sei geradezu grotesk, wenn ausgerechnet im Europäischen Jahr des freiwilligen Engagements die Bedingungen für das Ehrenamt verschlechtert würden. Die jetzige Gesetzeslage ist nach Ansicht des Verbandes beizubehalten.

www.der-paritaetische.de

Aktionstag am 22. März gegen Asylbewerberleistungsgesetz

BERLIN. An vielen Orten in ganz Deutschland wehren sich Flüchtlinge mit Streiks und Protesten gegen unerträgliche Lebensbedingungen. Im Jahr 2010 haben sich allein in Bayern über 500 Flüchtlinge an Hungerstreiks und Essenspaket-Boykottaktionen beteiligt. In Thüringen haben Flüchtlinge durch ihren massiven Protest die Schließung des Isolationslagers Katzhütte erzwungen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden die menschenunwürdigen Zustände im Lager Horst durch einen Hungerstreik an die Öffentlichkeit gebracht. Dies sind nur einige Beispiele für die Flüchtlingskämpfe im gesamten Bundesgebiet. Zur Unterstützung dieser Kämpfe wollen antirassistische Gruppen eine bundesweite Kampagne starten. Als ersten Schritt haben sie auf einer Konferenz in Frankfurt im Dezember 2010 einen bundesweiten Aktionstag am Dienstag, den 22. März 2011, gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, die so genannte „Residenzpflicht“, Lagerisolation und diskriminierende Sondergesetzgebung beschlossen. Als weiteren Schritt soll

im Juni dieses Jahres mit einem „Anti-Isolation-Camp“ direkt vor Ort im Regierungsviertel in Berlin Druck auf die parlamentarischen EntscheidungsträgerInnen ausgeübt werden, da in den nächsten Monaten sowohl das Asylbewerberleistungsgesetz als auch die „Residenzpflicht“ im Bundestag zur Debatte stehen.

www.deutschland-lagerland.de

Tour der tausend Brücken: 70 Konzerte für eine menschliche Flüchtlingspolitik

KIEL. In enger Zusammenarbeit mit Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten begann der Liedermacher Heinz Ratz am 6. Januar 2011 in München die dritte Etappe eines „moralischen Triathlons“: 7 000 km will er mit dem Rad zurücklegen, 70 Konzerte in ebenso vielen Städten spielen. Die „Tour der tausend Brücken“ steht für Ratz' wichtigstes Anliegen: gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Wo landen eigentlich Flüchtlinge, die es bis nach Deutschland geschafft haben? Wie leben sie? Um über die Situation von Flüchtlingen aufzuklären, wird Ratz auf seiner Tour zahlreiche Flüchtlingslager besuchen und mit Pressekonferenzen vor Ort und im Rahmen der Konzerte auf die Lebenssituation der dort lebenden Menschen aufmerksam machen. Etwa 40 000 Menschen in Deutschland werden gezwungen, in Lagern zu leben. Das bedeutet zumeist: Leben auf engstem Raum, kein Privatleben, Anwesenheitskontrollen, Lebensmittelpakete, eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Viele Menschen wissen kaum, was das für die Betroffenen bedeutet. Gibt es Unterkünfte in meiner Nähe? Was kann ich persönlich tun? Heinz Ratz möchte mit seiner Tour Aufmerksamkeit schaffen und Kontakte herstellen zwischen den Menschen vor Ort. Für die Tour hat Ratz die Unterstützung vieler Kollegen. Mit dabei sind zum Beispiel Dota – die Kleingeldprinzessin, Götz Widmann und viele mehr. Während der Konzerte werden Spenden für die Arbeit von Pro Asyl, die Flüchtlingsräte und die Arbeit vor Ort gesammelt. Infos unter: <http://1000bruecken.de>

Naziaufmarsch in Cottbus verhindern: Opfermythos und Geschichtsrevisionismus bekämpfen!

COTTBUS. Seit mehreren Jahren versuchen Neonazis in Cottbus ihre geschichtsrevisionistische Gedenkkultur rund um die Bombardierung auf Cottbus im Zweiten Weltkrieg zu etablieren. Auch in diesem Jahr wollen Neonazis, am Dienstag, den 15.2., einen Aufmarsch durch Cottbus durchführen. Doch wir werden dem deutschen Opfer-

mythos der Neonazis nicht die Straße überlassen! Im Zusammenhang mit der militärischen Zerschlagung Nazideutschlands, kam das, was von deutschem Boden ausging und millionenfaches Leid und Schrecken über die Welt gebracht hat, am 15.2.1945 auch nach Cottbus zurück. Alliierte Bomberverbände griffen den Cottbuser Bahnhof als einen logistischen Punkt an und trugen dazu bei den Krieg zu beenden und Europa vom Faschismus zu befreien. Heute, 66 Jahre nach Kriegsende, versuchen die NPD, „Freie Kräfte“ und andere Ewiggestrige mit einem sogenannten „Trauermarsch“ die Geschichte zum wiederholten Male zu verdrehen. Im öffentlichen Diskurs versuchen sie ihre geschichtsverklärenden und relativierenden Positionen zu verankern. Sie sehen deutsche Täter/Innen als Opfer und stellen die deutsche Kriegsschuld in Frage. Damit finden sie ebenfalls in offiziellen Kreisen der Stadt Cottbus, mit ihrer Jahre langen Gedenkpoltik, Anschluss. Indem die Bombardierung der Stadt Cottbus aus ihrem historischen Kontext gerissen und die damit verbundene Verantwortung der Deutschen für Nationalsozialismus und Holocaust ausgeblendet wird, findet eine Verharmlosung der Ereignisse statt. Aber nicht mit uns! Lasst uns gemeinsam und entschlossen den Naziaufmarsch in Cottbus blockieren!

<http://www.antifa-cottbus.de/>

„Protestfeuer“ reißt Bildungsblockaden nieder

STUTTGART. Am 29. Januar 2011 demonstrierten in Stuttgart ca. 2000 Menschen für freie Bildung. Sie taten dabei lautstark ihren Ärger über die verfehlte Bildungspolitik der Landesregierung kund. Die von ihr verschuldeten Bildungsblockaden wurden symbolisch vor der CDU-Zentrale eingerissen. Die Großdemonstration bildete den Abschluss der landesweiten Protestfeuertour, in dessen Rahmen Demonstrationen und vielfältige Aktionen in elf Städten in ganz BaWü mit großer Resonanz stattgefunden hatten. Während der Auftaktkundgebung wurden Kisten von den Protestierenden mit ihren persönlichen Bildungshürden beschrieben. „Über 90 Kartons, alle mit anderen Schwierigkeiten, so eindrucksvoll wurden die Bildungshürden bisher noch nie visualisiert“, findet Amir Abdelaziz vom Stuttgarter Bildungsstreik. Auf dem Weg zur Abschlusskundgebung blockierte die Demonstration für 20 Minuten friedlich die sechsspurige Hauptstättter Straße. Sie zog dann weiter über die Eberhardstraße zum Marktplatz. Hier wurde das Feuer des Protestes noch einmal in Form von 1000 Wunderkerzen entzündet.

www.bildungsstreik-bawue.de

Wissenschaft unter dem Kreuz

Sie sind nicht wirklich eine echte bayerische Spezialität: Konkordatslehrstühle an Universitäten. Es gibt sie auch in Bonn, Freiburg und Mainz. Aber durch Entscheid des Verwaltungsgerichts Ansbach vom Dezember 2010 ist das Thema in Bayern besonders aktuell: Einundzwanzig Stellen an den bayerischen Universitäten unterliegen bei der Frage, wer Professor werden darf, dem Veto der katholischen Kirche, ausgeübt durch den örtlich zuständigen Bischof. Eine Professorin hat dagegen geklagt und in einem Zwischenschritt erstmal gewonnen.

ERLANGEN / ANSBACH. Die zweite Kammer des Verwaltungsgerichts Ansbach hat mit Beschluss vom 13. Dezember 2010 die Besetzung der Professorenstelle für praktische Philosophie am Institut für Philosophie an der Universität Erlangen-Nürnberg untersagt. So lautete die Pressemitteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichts Anfang Januar 2011. Was besagt diese Entscheidung?

Vetorecht für Kirchenmitgliedschaft und katholischen Lebenswandel

Im Oktober 2007 hatte die Universität Erlangen-Nürnberg in der Wochenzeitung „Die Zeit“ die zu besetzende Stelle einer Professur für praktische Philosophie ausgeschrieben. Die Stelle war ausdrücklich versehen mit dem Zusatz: „Für die Besetzung gilt Artikel 3 § 5 des bayerischen Konkordats“. Auf die Stelle bewarb sich zusammen mit 60 Mitbewerbern auch Frau Professor Dr. Ulla Wessels, Professorin für praktische Philosophie an der Universität Saarbrücken. Ihre Bewerbung war nicht erfolgreich. Sie war noch nicht einmal in die engere Auswahl der Bewerbungen gekommen. Dagegen hatte sie Klage eingereicht. Ihre Begründung: der Konkordatsvermerk sei nicht verfassungskonform. Diese 2008 geführte Klage wurde abgewiesen.

Darauf hin legte sie bei der nächst höheren Instanz Widerspruch ein. Der Rechtsstreit, der nun in Ansbach entschieden wurde, bezog sich darauf, dass Prof. Wessels geklagt hatte, dass die Stelle an der Universität in Erlangen so lange nicht besetzt werden dürfe, bis ihr Widerspruch gegen den „Nichtberücksichtigungsbescheid“ vom Mai 2010 rechtskräftig entschieden sei. Komplizierte rechtliche Schritte. Aber das Ansbacher Gericht gab ihr darin Recht. Ein vorläufiger Erfolg.

Die weitergehende rechtliche Prüfung, ob das kirchliche Vetorecht gegen Bewerberinnen und Be-

werber, die ihnen nicht genehm sind, grundsätzlich mit bayerischem bzw. deutschem Verfassungsrecht und mit dem europäischem Antidiskriminierungsrecht vereinbar ist, wird nun im Hauptsacheverfahren erfolgen müssen. Die dafür erforderliche Klage ist von der Professorin bereits erhoben worden. Das Verwaltungsgericht Ansbach hat in seiner Begründung erkennen lassen, dass es dem Diskriminierungsverbot des Art. 33 III Grundgesetz für das Verfahren innerhalb der Universität einen hohen Stellenwert zumisst. Es hat Zweifel daran geäußert, dass die Universität diese Norm beachtet hat. Dem Gericht lag ein Schreiben des für die Auswahl der Bewerbungen zuständigen Kommissionsvorsitzenden vor, in dem dieser einen in die engere Auswahl genommenen Bewerber um konkrete Angaben zu seiner Konfession bittet. Vor Gericht konnte so glaubhaft gemacht werden, dass bereits die bloße Nichtkirchenmitgliedschaft vorab ein Ausschlusskriterium für die Berufung auf die Professorenstelle war. Frau Prof. Wessels ist nicht Mitglied einer Kirche.

Frau Wessels hatte bereits in ihrem ersten Verfahren vorgetragen, bei ihrer Zurücksetzung hätten andere als wissenschaftliche Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle gespielt. Sie habe z.B. im Rahmen ihrer Doktorarbeit zum Thema Schwangerschaftsabbruch eine Position vertreten, welche mit der moraltheologischen Lehre der katholischen Kirche nicht übereinstimme. Insoweit sei es nahe liegend, dass die Berufungskommission die Antragsteller gar nicht erst in die engere Auswahl einbezogen habe, um sich spätere Schwierigkeiten mit dem Vertreter der

Kirche, die aus dem Vorschlag eines „falschen“ Kandidaten resultierten, zu ersparen. Die Universität hatte in der mündlichen Verhandlung am 11. 12. 2008 dagegen vorgetragen, dass im Verfahren innerhalb der Fakultät ein befürchtetes Veto seitens des Bischofs keine Rolle gespielt habe. Das glaubte das Ansbacher Gericht nun nicht mehr.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Rechtsstreits wird die Klage von mehreren Vereinigungen unterstützt: von der Humanistischen Union, vom Bund für Geistesfreiheit Bayern, von der Giordano-Bruno-Stiftung und vom Landesverband Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Privileg Konkordatslehrstuhl

Konkordatslehrstühle sind keine Lehrstühle für Theologie. Sie gehören nicht zu den theologischen Fakultäten, wo durch Staatskirchenverträge geregelt, den Kirchen ganz andere Zugriffsmöglichkeiten offen stehen. Nein, bei Konkordatslehrstühlen hat die katholische Kirche das Recht, ein Veto einzulegen gegen die von der Universität und von der Bayerischen Staatsregierung vorgeschlagene Kandidatinnen und Kandidaten folgender nichttheologischer Lehrstühle: Philosophie, Soziologie, Psychologie und Pädagogik. Die entsprechende Formulierung im Staatsvertrag, dem so genannten Konkordat, zwischen dem Freistaat Bayern und Vatikan im Artikel 3 § 2 lautet:

„An den in § 1 genannten theologischen Fachbereichen werden Professoren und andere Personen, die zur Lehre berechtigt sind, vom Staate erst ernannt oder zugelassen oder Lehraufträge erteilt, wenn gegen die in Aussicht genommenen Kandidaten von dem zuständigen Diözesanbischof keine Erinnerung erhoben worden ist.“

Dabei wird nicht nur erwartet, dass der oder die entsprechende Bewerberin formell Mitglieder der katholischen Kirche ist. Vielmehr soll auch in ihrem Lebenswandel sichtbar werden, dass sie katholische Repräsentanten des von ihnen vertretenen Bereiches der Wissenschaft sind.

Historischer Hintergrund dieser Regelung ist folgende Tatsache: Bis zur sozialistischen Münchener Räterepublik 1919 waren Bildung und Schule das klassische Betätigungsfeld der Kirchen. Dieses Privileg wurde, wenn auch nur kurz, durch die Räterepublik beseitigt. Nach ihrem Scheitern räumte der bayerische Staat der katholischen Kirche erneut wesentliche Rechte im Bildungswesen ein. Kernstück der neuen Privilegien bildete die damals eingeführte christliche Konfessionsschule. In der bayerischen Grundschule wurde hinfort katholisch und evangelisch getrennt





Kardinal Pacelli, der spätere Papst Pius XII, bei der Unterzeichnung des Reichskonkordates zwischen dem Vatikan und dem NS-Staat 1933 in Rom. Pacelli sitzt auf diesem Foto in der Mitte, links ist Hitlers Vizekanzler Franz von Papen zu sehen. Quelle: Bundesarchiv

gerechnet, geturnt und Erdkunde gelernt. Außerdem erhielt die Kirche bereits damals an den bayerischen Universitäten einige Konkordatslehrstühle für Geschichte und Philosophie. So konnten die beiden großen Kirchen über die Schule und die universitäre Ausbildung langfristig ihren konservativen gesellschaftlichen Einfluss erneut absichern. Im Konkordat von 1924 wurde diese Politik zwischen dem bayerischen Staat und dem „Heiligen Stuhl“ (Vatikan) rechtlich fixiert. 1933 diente dieser Staatskirchenvertrag als Vorlage für das Reichskonkordat, das Kardinal Pacelli, der spätere Papst Pius XII, mit den Nazis abschloss.

Dies galt bis zum 7. Juli 1968, als durch einen Volksentscheid die Konfessionsschule als Regelschule in Bayern abgeschafft und die einheitliche christliche Volksschule, die „christliche Gemeinschaftsschule“, eingerichtet wurde. Das Ergebnis des Volksentscheides von 1968 stand natürlich im Widerspruch zu dieser Regelung zwischen dem Vatikan und dem bayerischen Staat. Aber auch zur bayerischen Verfassung. Eine Änderung ließ sich die katholische Kirche nur durch deutliche Zugeständnisse abhandeln. Hatte sie nun den unmittelbaren Zugriff auf die Schulkinder verloren, suchte sie jetzt ihren Einfluss durch die „Erziehung der Erzieher“ an den Universitäten zu bewahren. Wertevermittlung gegenüber den angehenden Lehrerinnen und Lehrern war angesagt. In den Fachbereichen praktische Philosophie, Gesellschaftswissenschaft und Pädagogik erhielt sie weitere Konkordatslehrstühle und damit das Recht auf ein Veto bei der Besetzung der Professorenstellen. Heute gibt es in Bayern

21 Konkordatslehrstühle: von 31 Lehrstühlen für Pädagogik sind sieben von der katholischen Kirche kontrolliert, von 12 Lehrstühlen in Politikwissenschaft sind es drei, von 12 Lehrstühlen in Soziologie sind es vier, von 19 Lehrstühlen in Philosophie sind es sieben. Es ist allerdings für nicht sensibilisierte Studierende sehr schwer, im Einzelnen herauszubekommen, wer denn nun einen solchen Konkordatslehrstuhl innehat. Die Studentengruppe der „Laienisten, die Hochschulinitiative für einen weltanschaulich neutralen Staat“ beschreibt, dass nur wenige Professoren sich explizit als Propagandisten des Katholizismus betätigen. Sie treten eher verdeckt auf und lassen ihre Glaubensüberzeugungen unterschwellig in den wissenschaftlichen Diskurs einfließen.

Die aktuelle Fassung des Bayerischen Konkordats von 1924

„Artikel 3

§ 1 Der Staat unterhält an den Universitäten Augsburg, München (Ludwig-Maximilians-Universität), Passau, Regensburg und Würzburg sowie an der Gesamthochschule Bamberg katholisch-theologische Fachbereiche in dem durch die Bedürfnisse von Forschung und Lehre nach Art. 4 §§ 1 und 2 gebotenen Umfang. Jeder dieser Fachbereiche umfasst auch mindestens einen Lehrstuhl für die Didaktik des katholischen Religionsunterrichtes.

§ 2 An den in § 1 genannten theologischen Fachbereichen werden Professoren und andere Personen, die zur Lehre berechtigt sind, vom Staate erst ernannt oder zugelassen oder Lehraufträge erteilt, wenn gegen die in Aussicht genommenen Kandidaten

von dem zuständigen Diözesanbischof keine Erinnerung erhoben worden ist.

§ 3 Sollte einer der genannten Lehrer vom Diözesanbischof wegen seiner Lehre oder wegen seines sittlichen Verhaltens aus triftigen Gründen beanstandet werden, so wird der Staat unbeschadet der staatsdienerlichen Rechte alsbald auf andere Weise für einen entsprechenden Ersatz sorgen.

§ 4 Der Staat unterhält an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth in einem für das erziehungswissenschaftliche Studium zuständigen Fachbereich mindestens je einen Lehrstuhl für katholische Theologie und einen Lehrstuhl für die Didaktik des katholischen Religionsunterrichtes. Bei der Besetzung dieser Lehrstühle gelten die §§ 2 und 3 entsprechend. Die Vorschlagslisten für die Besetzung dieser Lehrstühle werden für die Universität Bayreuth vom katholisch-theologischen Fachbereich der Gesamthochschule Bamberg, für die Universität Erlangen-Nürnberg vom katholisch-theologischen Fachbereich der Universität Würzburg erstellt. Für die Inhaber der Lehrstühle wird in dem Fachbereich, dem sie angehören, ein gemeinsames Institut errichtet.

§ 5 Der Staat unterhält an den Universitäten Augsburg, Erlangen-Nürnberg, München (Ludwig-Maximilians-Universität), Passau, Regensburg und Würzburg sowie an der Gesamthochschule Bamberg in einem für das erziehungswissenschaftliche Studium zuständigen Fachbereich je einen Lehrstuhl für Philosophie, für Gesellschaftswissenschaften und für Pädagogik, gegen deren Inhaber hinsichtlich ihres katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist. Bei der Besetzung dieser Lehrstühle gilt § 2 entsprechend.“

Beantragt: Abschaffung der Konkordatslehrstühle

Im Juni 2010 Jahres stellte die Fraktion des Bündnis '90/die Grünen im Bayerischen Landtag den Antrag, das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst solle mit der katholischen Kirche in Verhandlungen treten, um die Konkordatslehrstühle an den bayerischen Universitäten abzuschaffen und als kirchenunabhängige Lehrstühle weiterzuführen.

Dieser Antrag wurde von der SPD-Landtagsfraktion unterstützt. Die CSU-Fraktion lehnte klar ab. Thomas Goppel, ehemaliger Wissenschaftsminister und derzeit CSU-Mitglied im Landtagsausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur, sah im Antrag der Grünen, einen „Angriff auf ein Fundament des bayerischen Staates, das in der gemeinsamen Verantwortung von Staat und Kirche“ bestehe. Die Fraktion der Freien Wähler lehnte den Antrag mit dem eigenartigen Ar-

gument ab, der Antrag der Grünen formuliere schon das Ziel der zu führenden Verhandlungen, die Abschaffung der Konkordatslehrstühle. Von Seiten der FDP-Fraktion wurde dem Antrag zwar prinzipiell Sympathie entgegengebracht. Dennoch wurde er auch von der FDP abgelehnt, man wolle „der katholischen Kirche angesichts der öffentlichen Skandale (um die Fälle von Kindesmissbrauch) die Verhandlungen nicht zumuten“. Auf ihrem Parteitag am 25. und 26. September 2010 hat die FDP ihre Stellung zur Frage der Konkordatslehrstühle präzisiert und ihre Haltung korrigiert. Ihre Position lautet nun:

„Die FDP Bayern fordert die Umwandlung der Konkordatslehrstühle in reguläre Lehrstühle der betroffenen Universitäten und setzt sich in diesem Sinne für eine Kündigung bzw. Änderungskündigung des Bayerischen Konkordats von 1924 (ergänzt 1968 und 1974) ein.“

Wer Philosophie, Soziologie, überhaupt Wissenschaft, unter dem christlichen Kreuz und unter dem Vorbehalt der Zustimmung eines Bischofs betreibt, demontiert sich in seiner wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit selbst. Sie oder er hat sich in der „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ des Glaubens eingerichtet und lässt sich dafür auch noch seinen Lebensunterhalt bezahlen. Ein solcher Mensch, mag er auch den Titel Professor haben, hat, um Kant zu zitieren, nicht wirklich den Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Konkordatslehrstühle müssen verschwinden.

Allerdings: Die Vorrechte der Kirchen sind in unserer Gesellschaft mit Verfassungsrang abgesichert. Auch der Artikel 16 c des EU-Vertrages von Lissabon aus dem Jahre 2007 bekräftigt dies: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.“

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichts vom 13. Dezember 2010, AZ: AN 2 E 10.01011

Die Konkordate und Kirchenverträge in der Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe für Wissenschaft und Praxis, hrsg. v. J. Listl, Bd. 1, Berlin 1987

Konrad Lotter: „Die Konkordatslehrstühle an den bayerischen Universitäten. Überformung und Verdrängung der Philosophie durch die katholische Religion“, in „Widerspruch“ Heft 45, 2007

Die Laizisten – Hochschulinitiative für einen weltanschaulich neutralen Staat: <http://www.laizisten.de/>

Köln: Symbol für Toleranz und Moderne – Richtfest beim Bau der Moschee

In Windeseile ist die Moschee an der Venloer Straße in den letzten Monaten errichtet worden. Ein sympathisches, transparentes, einladendes und modernes Gotteshaus und Kulturzentrum für DITIB. Es hat die richtigen Proportionen und wirkt doch bescheiden und einfach gegenüber dem hochragenden Fernsehturm und dem Telekom-Hochhaus.

All die dummen und hetzerischen Argumente von Pro Köln gegen die Moschee werden durch die Realität widerlegt. Trotzdem waren 40 Rechts-

extreme erschienen und meinten, noch einmal gegen die Moschee demonstrieren zu müssen.

Jörg Uckermann, der tags zuvor für wenige Sekunden den Ratssaal betrat, um 17,50 Euro Sitzungsgeld zu ergattern, führte das große Wort. Da Pro Köln keine 50 Personen vorweisen konnte, blieb ihre Lautsprechanlage, eigens aus den Niederlanden importiert, unbenutzt. Uckermanns hetzerischen Ausfälle verflogen im allgemeinen Lärm der Venloer Straße.

Das Ehrenfelder Bündnis gegen





Rechtsextremismus hatte mobilisiert. Bürgermeister Wirges hatte eine Gegenveranstaltung als Mahnwache angemeldet. Ca. 80 Personen waren erschienen und protestierten gegen Pro Köln. Allein der Ehrenfelder Ortsverband der Linken war mit über 10 Leuten vertreten und die VVN/BdA hatte gut mobilisiert. Die Grünen, SPD und

sogar die Ehrenfelder CDU war anwesend und natürlich viele antifaschistische Persönlichkeiten.

Der Ehrenfelder Bezirksbürgermeister Wirges lobte den Protest und Widerstand am Rande des offiziellen Richtfestes gegenüber den Medien.

Der Architekt Paul Böhm bedankte sich für die gute Arbeit bei den Arbeitern: „Niemand ist zu Schaden gekommen, das Bauwerk haben wir uns genau so vorgestellt.“

Oberbürgermeister Roters sagte: „Wer baut, der bleibt. Wer hier in Deutschland, in Köln baut, hat hier ein neues Zuhause gefunden, in dem er wohnen, arbeiten und seiner Religion nachgehen möchte.“

„Der Bau ist Ausdruck des Teilwerdens und Teilhabens in dieser Gesellschaft“, erklärte ein Vertreter der DI-TIB.

Noch in diesem Jahr sollen die Innenarbeiten in der Moschee fertig gestellt werden.

Jörg Detjen

NRW: Soziale Grunddaten bei den Schlüsselzuweisungen anpassen!

Erst kürzlich trafen sich die südlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, alle CDU-regiert, und erklärten, dass sie ihren Beitrag zum Länderfinanzausgleich nicht mehr tragen wollen. Die nördlichen Bundesländer würden das Geld nur für soziale Zwecke ausgeben und sich immer weiter verschulden. Diese Inszenierung findet nun seit vielen Jahren statt. Als in den sechziger und siebziger Jahren die Gelder von NRW nach Bayern flossen, war das nie ein Thema. Nun beginnt diese Diskussion aber auch in Nordrhein-Westfalen, weil die Konservativen ihr Gift auch in NRW verspritzen. Und die Frage stellt sich: „Was ist soziale Gerechtigkeit denn tatsächlich?“ Derzeit gibt es einen Streit über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011, – den so genannten Schlüsselzuweisungen des Landes – an die nordrhein-westfälischen Kommunen. Mit der Gründung der Bundesrepublik, der Einführung des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung erhalten die Kommunen vom Land Schlüsselzuweisungen. Das sind heute ca. 23 % der Verbundsteuer der Landes NRW. Das heißt die Kommunen sind abhängig vom Land und die Steuerkraft der Bundesländer ist eher bescheiden. Auf diesem Wege lassen sich soziale Probleme nicht lösen, vielleicht etwas abmildern. Trotzdem, wie im re-

alen Leben, muss dieser Kuchen, der im letzten Jahr um ca. 325 Millionen Euro größer geworden ist, „gerecht“ verteilt werden. Seit vielen Jahren wird von gewerkschaftlichen, sozialen und linken Kräften immer wieder kritisiert, dass die soziale Gewichtung bei der Verteilung der Mittel eine zu geringe Rolle spielen würde. Gerade für die großen Städte in NRW wären die sozialen Aufwendungen viel größer als für die umliegenden Kreise und mittleren Städte. Jetzt hat die rot-grüne Landesregierung erstmals die Datenbasis an die soziale Realität von Hartz IV etwas angepasst. Bislang wurden die Fallzahlen aus der Sozialhilfestatistik von 1999 zu Grunde gelegt. Nachdem Schwarz-Gelb die Aktualisierung 2008 auf die lange Bank geschoben hatte, wird nun mit drei Jahren Verzögerung die Datenbasis aktualisiert. An dieser Stelle folgt die Landesregierung den Forderungen des Städtetags NRW.

Gleichzeitig hatte der Städte- und Gemeindebund NRW, also die Interessenvertretung der Umlandkommunen die soziale Neuverteilung kritisiert, weil die kleinen Kommunen in der Regel weniger Schlüsselzuweisungen bekommen würden. Diese Position machten sich die CDU und FDP im Landtag zu Eigen und forderte in einer Resolution die Rücknahme der Anpassung der sozialen Grunddaten.

Die Landtagsfraktion der Linken unterstützte die Resolution, die aber keine Mehrheit fand, weil wieder einmal Abgeordnete der CDU fehlten. Hinter vorgehaltener Hand erzählt man sich, dass zwei CDU-Abgeordnete aus zwei Großstädte die Abstimmung verpasst haben sollen.

Viele kommunale Mandatsträger der Linke in NRW sind sauer auf ihre Landtagsfraktion. Statt linke Positionen zu stärken, hüpfen sie auf die blanke Demagogie der CDU auf. Stattdessen hätte sie die Kritik des Städtetages NRW unterstützen müssen. In einem Schreiben vom 11. Januar 2011 an alle Landtagsfraktionen kritisierte der Geschäftsführer Dr. Articus die NRW-Landesregierung, weil sie eine andere Stellschraube, nämlich den Hauptstafelsatz, wiederum zu Ungunsten der Großstädte von 1,57 auf 1,54 abgeflacht hat: „Die Abflachung konterkariert die durch die Änderung des Soziallastenansatzes ohnehin schon nur teilweise eintretenden Entlastungseffekte bei den betroffenen Kommunen und führt bei Städten mit unterproportionalen Soziallasten dazu, dass diese doppelt verlieren.“ Das Fatale ist, dass die Landtagsfraktion nach Außen hin den Anschein erweckt, sich gegen eine solche soziale Korrektur zu wenden. Sie sollte aber vertreten, dass diese Korrektur noch nicht ausreicht.

Die großen Ruhrgebietsstädte Duisburg, Essen, Dortmund, Oberhausen, die riesige soziale Probleme haben und insbesondere für die politische Entwicklung der Linken wichtig sind, werden jetzt gerechter bzw. besser gewichtet.

Nach den vorliegenden Berechnungen der Schlüsselzuweisungen würde zum Beispiel Köln 243 Mio. Euro bekommen, das sind 64 Mio. mehr als im vergangenen Jahr. Das hängt in diesem Fall gar nicht mit der Korrektur der sozialen Grunddaten zusammen, sondern vor allem damit, dass die Gewerbesteuererinnahmen im letzten Jahr um ca. 200 Mio. Euro geringer ausgefallen waren als im Jahr zuvor. Auch diese Werte gehen in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ein. CDU, FDP und der Interessenverband der ländlichen Kommunen, der Städte- und Gemeindebund, werden jetzt gegen die Reform bei der Gemeindefinanzierung mobilisieren und versuchen, den sozialen Finanzausgleich zu kippen. Da gilt es, sich nicht irritieren zu lassen, denn nicht alle Kommunen können mehr bekommen, wenn die sozialen Faktoren stärker berücksichtigt werden. Die in Not geratenen Kommunen in NRW sollten die soziale Gerechtigkeit höher stellen als ihren jeweiligen Voroder Nachteil und gemeinsam für eine bundesweite Gemeindefinanzreform kämpfen!

Jörg Detjen

Sanktionen nach § 31 SGB II gegen Hartz IV-Bezieher sofort aussetzen!

FRANKFURT A.M. Die Fraktion der Linken im Frankfurter Römer beantragt: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt bekennen sich zur aktiven Unterstützung des „Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium“, dessen Ziel die Aussetzung des § 31 SGB II ist. Die Oberbürgermeisterin und der Magistrat treten nachdrücklich auf Bundesebene dafür ein, dass der Sanktionsparagraf § 31 SGB II ausgesetzt wird. Das Antasten des Existenzminimums wird aus grundrechtlichen Erwägungen in Frankfurt in der kommenden Legislaturperiode nicht mehr zugelassen. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt setzen ein Signal, indem sie den Sanktionierten, die durch die örtlichen JobCenter einbehaltenen ALG-II-Leistungen als freiwillige Leistungen aus dem städtischen Haushalt auszahlen. Begründung: Bereits bei der Einführung von Hartz IV zum 1. Januar 2005 bestand ein gravierendes Missverhältnis zwischen dem Fördern und dem Fordern der Arbeitslosen. Jetzt, im Jahre 2011, kann von Fördern kaum noch gesprochen werden, dagegen hat das Fordern und die verstärkte Anwendung von Sanktionen nach § 31 SGB II weiter zugenommen. Mit dem unsolidarischen Sparpaket der Bundesregierung zu Lasten der Langzeitarbeitslosen, werden die marginalen Restbestände an Fördermaßnahmen noch weiter zusammengestrichen. Allein in Frankfurt fallen deshalb in diesem Jahr mindestens 21 Millionen Euro an Mitteln zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen ersatzlos weg. Dieses Missverhältnis, Wiedereingliederung (Fördern) wird immer weiter abgebaut, während Sanktionen (Fordern) ausgebaut und verschärft werden, ist nicht mehr hinzunehmen. Der Sanktionsparagraf § 31 SGB II ist deshalb auszusetzen. (...) Von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 41 % ganz oder teilweise erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65 %. Der Sanktionsparagraf § 31 SGB II verletzt die Menschenwürde und die Freiheit zur Entfaltung der Persönlichkeit und wandelt die gebotenen Hilfestellungen des Staates zu Zwangsmaßnahmen um. Abzüge vom absoluten Lebensminimum können nur durch Hungern kompensiert werden. Die Sanktionierung mit Hunger oder mit gesellschaftlicher Ausgrenzung ist einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig. (...) Angesichts der massiven Kürzungen bei den Eingliederungsmaßnahmen muss der Vollzug von Sanktionen sofort gestoppt werden. Ein sofortiges Moratorium, ein Aussetzen

des Sanktionsparagrafen, ist deshalb notwendig. Das Sanktionsmoratorium wurde mittlerweile von 20916 Menschen und kirchlichen, sozialen und politischen Organisationen unterzeichnet.“ <http://dielinke-im-roemer.de>

Nein zur „Schuldenbremse“: KREIS VOGELSBERG. „Geht es nach dem Willen der CDU-Landesregierung, dann startet parallel zur Kommunalwahl im März dieses Jahres ein grandioses politisches Täuschungsmanöver. Mit der so genannten Schuldenbremse im Verfassungsrang und durch Volksabstimmung erhielte die Landesregierung einen Blankoscheck für Sozialabbau in großem Stile“, erklärt der Kreistagsabgeordnete der Linken, Michael Riese in einer Pressemitteilung. Am 27. März sind die Hessen, zusammen mit der Kommunalwahl, dazu aufgerufen darüber abzustimmen, ob das Verbot neue Schulden zu machen, in Hessen Verfassungsrang bekommt. „Die Vogelsberger CDU bejubelt diesen Coup und setzt dem noch die Krone auf, wenn sie auch noch eine Schuldenbremse für die sowieso schon völlig bankrotten hessischen Kommunen fordert, wofür sie auch noch die Zustimmung des Vogelsberger Kreistages möchte“, legt Riese nach. Bei der so genannten Schuldenbremse der CDU gehe es nicht um Schuldenabbau, sondern einzig um „die Legitimation von Maßnahmen zum Sozialabbau und der beschleunigten Privatisierung öffentlicher Leistungen bei den zahlungsunfähigen Kommunen“. Die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes stehe jetzt bei 1,8 Billionen Euro. Jeder Bundesbürger wäre danach derzeit mit 23 110 Euro an der Staatsverschuldung beteiligt. Das private Vermögen in Deutschland sei dagegen im letzten Jahr um 220 Milliarden Euro auf einen Rekordwert von 4,88 Billionen Euro gestiegen. Im Durchschnitt verfüge damit nun jeder Bundesbürger über einen Vermögensanteil 59 900 Euro. Wer es also ehrlich mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen meine, der müsse statt einer Schuldenbremse eine gerechte Steuerreform auf den Weg bringen, die Unternehmen und Vermögen vernünftig besteuere. „Wer die bankrotten Kommunen wieder handlungsfähig machen will, der muss sich für deren Entschuldung stark machen, statt noch von einer zusätzlichen Schuldenbremse für Landkreise und Gemeinden zu fantasieren“, so Riese. „DGB, Beamtenbund, Attac und Sozialverbände rufen in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, am 27. März bei der Volksabstimmung gegen die Schuldenbremse zu stimmen. Dem sollte man sich auch im Vogelsberger Kreistag anschließen“, fordert Riese abschließend. http://die-inke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles_aus_den_kommunen

Winterchaos streckenweise hausgemacht: AURICH. „Wer über das Chaos bei der Bahn klagt, sollte nicht über den neoliberalen Kahlschlag an öffentlichen Einrichtungen schweigen“, meint Martin Heilemann. Der Auricher Kreistagsabgeordnete der Linken reagiert damit auf Äußerungen des Hinteraner Bundestagsabgeordneten Garrelt Duin, der das Bahnchaos im Weihnachtsverkehr kritisiert hatte. „Anstatt wörtlich die Mängel zu beschreiben, hätte er sich lieber an die eigene Nase fassen und den Bürgern erklären sollen, dass die herrschende Politik die Hauptverantwortung dafür trägt“, sagt Heilemann. Privatisierungswahn und Renditedruck habe die Bahn vor die Hunde gehen lassen. Nach tausendfachem Stellenabbau fehlten jetzt die Mitarbeiter, um Gleise, Weichen und Oberleitungen von Schnee und Eis frei zu halten. Das gleiche gelte auch für die Räumdienste vor Ort. Zwar seien die Schneekapriolen um Weihnachten vor allem im Nordteil des Landkreises höhere Gewalt. Jedoch kämen die Räumdienste deswegen nicht nach, weil sie für die Größe des Landkreises einfach nicht ausreichten. Ein Übriges täten dann noch die Einsparungen in den kommunalen Bauhöfen: „Wer den öffentlichen Dienst kaputt spart, muss sich nicht wundern, wenn selbst mittelmäßige Winter die Straßen zu eisglatten Rutschbahnen werden lassen“. Das Beispiel der Niederlande mit seinen vorbildlich geräumten Straßen zeige, dass es auch anders gehe: „Dort spielt man nicht aus Kostengründen mit dem Leben der auf sichere Straßen angewiesenen Verkehrsteilnehmer“, so Heilemann. http://die-Linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles_aus_den_kommunen

Beibehaltung der Vorrangschaltung für ÖPNV!

HANNOVER. In der Diskussion über die Umweltzone in der Landeshauptstadt Hannover spricht sich Die Linke klar für eine Beibehaltung der Vorrangschaltung für Busse und Stadtbahnen gegenüber dem Autoverkehr aus. „Die beste Möglichkeit, die Schadstoffbelastung in der Luft zu verringern, ist immer noch, das Auto stehen zu lassen“, so Oliver Förste, Fraktionsvorsitzender der Linken im Rat der Landeshauptstadt Hannover. „Insofern wäre es umweltpolitisch vollkommen unsinnig, jetzt die grüne Welle einzuführen und damit die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu verringern.“ Das Angebot der Üstra sei gerade im Innenstadtbereich Hannovers so gut, dass man für die meisten Wege problemlos auf das Auto verzichten könne. „Statt jetzt auf Verkehrskonzepte von vorgestern zu setzen und dem Auto wieder den Vorrang zu geben, sollte man

lieber diskutieren, wie man gerade im Bereich der Umweltzone den motorisierten Individualverkehr verringert.“ Dies sei auch im Interesse der AnwohnerInnen besonders stark befahrener Straßen wie beispielsweise der Friedrich-Ebert-Straße in Ricklingen die einzige Alternative. Dabei dürften auch Konzepte wie die City-Maut oder die autofreie Innenstadt kein Tabu sein. Dafür werde sich dafür im Laufe des Jahres auch im Rat engagieren, so Förste.

www.linksfraktion-hannover.de

Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit:

BOCHUM. Eine Anfrage der Linksfraktion Bochum hat es ans Licht gebracht: Bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften Umweltservice Bochum GmbH (USB) und der RAU – Recycling am Umweltpark GmbH werden für gleiche Arbeit unterschiedliche Tarife gezahlt. Während bei der USB, eine 100-prozentige Stadtwerktochter, die FahrerInnen und Müllwerker nach dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) bezahlt werden, bekommen die Beschäftigten der RAU, eine USB-Tochter, nur Löhne oberhalb des Mindestlohnes der Entsorgungsbranche. Dabei erledigen sie dieselbe Arbeit: Die einen entsorgen den Müll der grauen Tonne, die anderen den Müll der gelben Wertstofftonne und Altpapier/Altglas. „Die Antwort der Verwaltung offenbart eine Ungerechtigkeit, die nicht hinnehmbar ist“, so der Fraktionsvorsitzende Uwe Vorberg. „Denn auch wenn der Stundenlohn der RAU-Beschäftigten deutlich über dem Mindestlohn von 8,42 € liegen soll, liegt er damit trotzdem deutlich unter dem Tariflohn. Wir fordern dagegen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ Nach Ansicht der Linksfraktion ist es eine Unsitte vieler kommunaler Unternehmen geworden, betriebliche Ausgliederungen vorzunehmen, die nicht tarifgebunden sind. Auch für die Beschäftigten der RAU gilt kein Tarifvertrag, sondern Betriebsvereinbarungen sowie im Arbeitsvertrag enthaltene Regelungen. „Wir schließen uns der Forderung von Verdi an und fordern den USB auf, für die RAU einen Tarifvertrag abzuschließen“, fasst Uwe Vorberg die Position der Linken zusammen. „Für uns gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

www.dielinke-bochum.de

Baumschutzsatzung: CDU legt die Axt an:

NORDERSTEDT. Die von der Partei Die Linke initiierte Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung soll nach dem Willen der CDU Norderstedt bereits im noch laufenden planerischen Beteiligungsverfahren abgebrochen werden. In der Antragsbegründung heißt dazu u.a.: „Es handelt sich um

ein bürokratisches Machwerk, welches den Norderstedter Bürger knebelt ... Langfristig wird die Durchsetzung der Baumschutzsatzung die Stadt Norderstedt finanziell belasten, ohne tatsächlichen Nutzen für den Baumbestand auf privatem Grund vorweisen zu können.“ Dabei vergisst die CDU offenbar völlig, dass es auch schützenswerte Bäume auf städtischen Flächen gibt. Außerdem befürchtet die CDU, „dass es zu einem dauerhaften Baumschwund kommt.“ Aber es verwundert nicht wirklich, dass sich die Christdemokraten schützend vor die Interessen der Haus- und Gartenbesitzer werfen. Die umweltpolitische Sprecherin der GALiN, Ariane Last, stellt fest, dass die von der CDU genannten Gründe gegen eine Baumschutzsatzung für Norderstedt die umfangreichen Baumfällungen der vergangenen Jahre verharmlosen. Außerdem seien die meisten Bäume in den letzten Jahren nicht von Bürgern gefällt, „sondern von der Stadtverwaltung für die Erschließung neuer Baugebiete und die Verbreiterung von Straßen.“ In einem Gastkommentar für die „Norderstedter Zeitung“ plädiert Bernhard Kerlin, ehemaliger „Baumexperte“ der Stadt, für einen verbesserten Schutz der Bäume durch eben eine neue Baumschutzsatzung. Er beklagt den schleichenden Verlust von markanten Bäumen in den Wohnhaus- und Reihenhaussiedlungen. Kerlin ins seinem Beitrag: „Diese Veränderungen werden gravierende Folgen haben, da Bäume in ihrer Funktion zur Filterung von Schadstoffen in der Luft, zum Windschutz, zur Verbesserung des Kleinklimas, zur Erhaltung der Artenvielfalt oder zur Prägung des Ortsbildes unverzichtbar sind.“ Er kritisiert auch das Vorgehen der CDU, eine noch nicht abgeschlossene Diskussion und Meinungsbildung abzuwürgen.

www.infoarchiv-norderstedt.org

A 52: Bahn frei zum Umsteuern.

ESSEN. „Mit der Abkehr der SPD von A 52 neu und Ruhralleetunnel ist nun eine Mehrheit für eine fortschrittliche Verkehrspolitik in Essen möglich“, freut sich Birgit Petereit, Kreissprecherin der Linken. „Nun kann der Rat Nägel mit Köpfen machen. Der Autobahnausbau gehört endgültig beerdigt, alternative Verkehrskonzepte müssen her.“ Konkret fordert Die Linke ein integriertes Verkehrskonzept, das ein optimales Ineinandergreifen von Auto, Bus und Bahn, aber auch Fahrrad und jeder anderen Mobilitätsform ermöglicht. Statt durch den Bau neuer Autobahnen zusätzlichen Autoverkehr anzuziehen, kann durch ein dichtes und verlässliches Netz von Alternativen die Situation entspannt werden. Dies ist besonders vor dem Hinter-

grund der Lärm- und Schadstoffbelastung von Bedeutung, unter der die Essener Bevölkerung leidet. Die Stadt Essen ist zum Handeln gezwungen. Die EU-Grenzwerte sind an vielen Stellen überschritten. Ein Lärmaktionsplan wurde deshalb vor kurzem vom Rat verabschiedet, die aktuelle Fortschreibung des Luftreinhalteplans steht grade an. Besser als alle nachträglichen Versuche, Belastung umzuverteilen oder abzufedern ist dabei, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. „Wenn wir das Geld, das für den Autobahnausbau eingeplant war, heute für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung hätten, könnten wir die meisten Verkehrsprobleme schnell lösen“, ist sich Birgit Petereit sicher. „Deswegen begrüßen wir diesen mutigen Schritt. Die SPD wird sich harte Kritik von der Autobahn-Lobby anhören müssen. Aber wir sind zuversichtlich, dass sie nach diesem langen Diskussionsprozess jetzt auch standhaft bleibt.“ www.dielinke-essen.de

Die Linke lehnt neues Hochhaus am Waidmarkt ab!

KÖLN. „Es darf keine Baugenehmigung für ein neues Hochhaus am Waidmarkt erteilt werden“, meint Jörg Detjen, Fraktions-sprecher Die Linke. Köln. Ein bloßer Fassadenwettbewerb, wie er von der Verwaltungsspitze derzeit favorisiert wird, wird der Situation in keiner Weise gerecht. Ein Hochhaus von 50 Metern widerspricht eindeutig dem Höhenkonzept für die Kölner Innenstadt. Ein solcher Klotz dominiert die angrenzenden Viertel und zerstört dessen Ausstrahlung. Der Schutz der benachbarten romanischen Kirche St. Georg ist nicht gegeben. Für das alte Polizeipräsidium, bestand eine Ausnahme im Höhenkonzept, weil das Haus schon stand. Wenn das Haus nun abgebrochen wird, weil sich die Sanierung laut Investor nicht lohnt, erlischt auch die Ausnahmeregelung. Die Stadt muss nun Baurecht für das Gebiet des Waidmarktes herstellen, welches dem Höhenkonzept zum Schutz der Kölner Innenstadt entspricht. „Baudezernent Streitberger muss schnell mit dem Investor sprechen, um eine Lösung herbeizuführen“, fordert der Sprecher der Linksfraktion, Jörg Detjen, im Rat der Stadt Köln. Ziel muss es sein, dass das neue Haus am Waidmarkt auf die Höhe von 22,5 Meter zu begrenzen. Das wäre mit dem umliegenden Ensemble eher verträglich. Durch Nachverdichtung des gesamten Waidmarktareals können Flächen akquiriert werden, sodass eventuell Entschädigungszahlungen an den Investor im Rahmen bleiben oder gar nicht erforderlich sind.

www.linksfraktion-koeln.de
(Zusammenstellung: ulj)

Ein sperriges Geschäft

Derzeit existieren knapp tausend Europäische Betriebsräte (EBR). Die wesentliche Arbeitsgrundlage für diese Gremien, die Europäische Richtlinie zur Einrichtung von EBRs, wurde 1994 verabschiedet und 2009 revidiert. Die Richtlinie listet nicht auf, zu welchen konkreten Gegenständen die Information und Konsultation in dem Gremium stattfinden soll. Sie fokussiert im Text jedoch auf die Unternehmensentwicklung. Übliche Themen sind daher die wirtschaftliche Situation des Unternehmens, Verlagerungen, Schließung, Investitionen, Übernahmen, Fusionen usw. Fragen, die die materielle Seite der Arbeitsbedingungen betreffen, wie etwa der Arbeits- und Gesundheitsschutz oder die berufliche Bildung sind in der Richtlinie nicht aufgeführt, aber auch nicht ausgeschlossen. Sie böten sich allerdings an, da sie erstens, anders als die genannten Themen, die den Belegschaftsvertretern immer die reaktive Rolle (Abwehr der Entlassungen, Verhinderungen der Verlagerung ...) zuschreiben, positive Programme ermöglichen. Zweitens, weil sie direkt Einfluss auf die stoffliche Seite der Produktion nehmen und Ansprüche an die Arbeit von Morgen aufnehmen könnten.

Zu beobachten ist in den letzten Jahren tatsächlich eine Hinwendung zu diesen Themen, insbesondere zu Fragen des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes. So auch bei der ETEX Gruppe. Die ETEX-Group S.A. hat ihren Sitz in Brüssel, Belgien. Das Unternehmen ist in der Baustoffsparte tätig und hat etwa 13 500 Beschäftigte in 40 Ländern.

Seit 2007 hat sich der dortige EBR mit dem Thema Arbeitsschutz beschäftigt. Man hatte sich in einem ersten Schritt einen Überblick über das EU-Recht verschafft, das Mindestbedingungen setzt, die national konkretisiert werden müssen. Parallel wurden die betrieblichen Arbeitsschutzstrukturen der einzelnen Länder vorgestellt und über die Themen berichtet, die aktuell eine Rolle in der Arbeit der Belegschaftsvertreter spielten. Die Kollegen waren sich recht schnell einig, dass eine Unternehmensweite Vereinbarung zum Thema Arbeitsschutz das Ziel sein solle. Man einigte sich auf den folgenden Ansatz: Eine kleine Gruppe arbeitet einen Vereinbarungsentwurf aus, danach werden Verhandlungen mit der Unternehmensleitung aufgenommen und parallel sollen praktische Aktivitäten der örtlichen Belegschaftsvertretungen gestartet werden, möglichst an einem gemeinsamen Thema. Die praktischen

Aktivitäten sollten auch dazu genutzt werden, der Belegschaft zu zeigen, dass ein EBR praktischen Nutzen hat.

Es stellte sich in dieser Phase heraus, dass es äußerst schwer ist, die anderen Beteiligten und deren Bedingungen zu verstehen. Neben der schlichten Schwierigkeit, dass für jede inhaltliche Diskussion Simultanübersetzung benötigt wird, taucht das Problem auf, dass man zwar die Worte in die eigene Erfahrungswelt übertragen kann, kaum aber ihre Konnotationen, die hinterlegte Praxis und Kultur. Letztlich bedarf ein gegenseitiges Verständnis Zeit und Kontinuität.

Dennoch, der vorgelegte Vereinbarungsentwurf wurde positiv aufgenommen und zur Verhandlungsgrundlage gemacht. Der Text beinhaltete Bestimmungen für die Arbeitsschutzorganisation und die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung, einschließlich Kollektiv- und Individualrechte, sowie spezifische Bestimmungen für einzelne Gefährdungsbereiche. Die Geschäftsleitung wollte statt des Abschlusses einer Vereinbarung auf praktische Präventionsaktivitäten fokussieren, war letztlich aber bereit, auf Basis des vorgelegten Entwurfs in Gespräche einzutreten. Diese liefen überraschenderweise recht zügig, so dass nach vier Verhandlungsrunden eine Einigung vorlag. Die Vereinbarung wurde am 15. Juni 2010 unterzeichnet.

Es ist vielleicht wichtig zu wissen, dass ETEX in vielen Ländern ehemals Asbest verarbeitete. Daher ist nach wie vor ein negatives Image zu bearbeiten und in Fragen des Arbeitsschutzes möchte man keine negativen Schlagzeilen produzieren. Gleichwohl waren doch viele überrascht, dass das individuelle Recht eines Beschäftigten, sich bei strittigen Fragen die im Betrieb nicht geklärt werden können, an (nicht näher eingegrenzte) äußere Stellen wenden zu können, von der Geschäftsleitung akzeptiert wurde. Auch über die vereinbarte Nachwirkung der Vereinbarung bei Kündigung derselben.

Allerdings, bis heute haben die Kollegen des EBR kein gemeinsames Thema für die Bearbeitung auf betrieblicher Ebene gefunden. Dabei offenbarten sich die ganzen Schwierigkeiten des Konstruktes EBR. Es gab kaum Kommunikation zwischen den Sitzungen des Sekretariats des Gremiums (beteiligte Länder sind Belgien, Deutschland, Frankreich, England). Erschwert auch durch die Voraussetzungen der Mitglieder des Gremiums; ETEX hat wesentlich klassische Produktionsbetriebe mit gewerblichen Beschäftigten.

Fremdsprachenkenntnisse sind kaum vorhanden. Und das Gremium tut sich äußerst schwer, eine Kommunikation zu den Belegschaften aufzubauen. Kaum jemand ist gewohnt, Texte zu schreiben. Letztlich wurde nicht einmal die Vereinbarung parallel in den Standorten veröffentlicht. Einige örtliche Belegschaftsvertreter überließen dies der jeweiligen Leitung. Teils besteht auch einfach kein Bedürfnis, sich einen Gegenstand zu erschließen, der in eingeübter Arbeitsteilung von anderen Akteuren (Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner, Arbeitgeber usw.) geregelt wird. Ein Problem wird gesehen, eine Forderung gestellt – und gut.

Diese Schwierigkeiten und wachsende Unzufriedenheit mit den Mängeln in der Koordinierung führten auch zu echten Konflikten im EBR selbst, die mit einem Wechsel des Vorsitzenden endeten. Aber auch für diese internen Konflikte erwiesen sich die ganz unterschiedlichen Bedingungen der nationalen Arbeitsschutzorganisation und der rechtlichen Stellung der Belegschaftsvertretungen, bzw. ein fehlendes Verständnis für die Unterschiedlichkeiten, als eine wesentliche Ursache. Freistellungs- und Schulungsmöglichkeiten beispielsweise sind in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt. Gleichwohl ist oft die Erwartung zu spüren, dass Kollegen aus anderen Ländern gleiche Arbeitsweisen entwickeln und gleiche Kenntnisstände haben.

Auf der letzten internen Sitzung der Arbeitnehmervertreter im EBR wurde ein erneuter Versuch gestartet, ein gemeinsames Thema zu finden. Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Erfahrung wachsenden Arbeitsdrucks und offensichtlichen Veränderungen im Krankheitsgeschehen, hin zu psychosozial bedingten Gesundheitsbeeinträchtigungen, wurde von vielen Beteiligten Stress vorgeschlagen. Nur, wo fängt man da an? Die Diskussion dieser schwierigen Frage ergab jedoch recht Praktisches. Der Themenkomplex Krankheitsrückgespräche, Prämien für Null-Unfälle und die Verschleierung von Unfällen schien für alle relevant.

Erneut wurde deutlich, dass ganz unterschiedliche Verfahren und tradierte Umgehensweisen eine gemeinsame Zielsetzung erschweren, zum Beispiel eine durch Tarifvertrag sanktionierte Regelung, dass Lohnbestandteile mit Unfallhäufigkeit verbunden werden. Plötzlich sah man, wie die betroffenen Gewerkschaftsvertreter diese Regelung gegen starke Kritik verteidigten. Gleichwohl, der Gegenstand wird von allen als wichtig empfunden, und nach fast vier Jahren Beschäftigung mit dem Thema scheint die Bereitschaft größer zu verstehen und auch die Bereitschaft, im Unternehmen als EBR sichtbar zu werden.

Rolf Gehring

Respekt vor der Arbeit und den Menschen

Die IG Metall wird am 24. Februar 2011 einen bundesweiten Aktionstag gegen Leiharbeit durchführen – mit sichtbaren betrieblichen Aktionen. Die IG Metall fordert

- „Gleiches Geld“ muss die Regel für Leiharbeit werden.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn muss auch in Deutschland für die Leiharbeit verankert werden. Nur so ist zu verhindern, dass Verleihfirmen aus dem Ausland hierzulande Leiharbeit zu Armutslöhnen anbieten können.
- „Heuern und feuern“ muss auch für Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen verboten werden, indem das sogenannte Synchronisationsverbot wieder eingeführt wird.
- Leiharbeit darf kein Instrument zum Abbau von Stammarbeitsplätzen werden. Deshalb muss es eine Höchstverleihzeit geben.

Gut ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ist atypisch beschäftigt – befristet, als Leiharbeiter und vor allem in Teilzeitjobs. Längst nicht alle atypischen Stellen sind schlecht bezahlt oder unsicher. Doch insbesondere Leiharbeiter und befristet Beschäftigte tragen deutlich erhöhte Arbeitsmarktrisiken.

Die IG Metall fordert wirksame Gesetze, um Leiharbeit und prekäre Beschäftigung einzudämmen. Mit dem

Aktionstag am 24. Februar soll auch auf den Hartz-IV-Vermittlungsausschusses Einfluss ausgeübt werden. Gleichzeitig geht es um Positionsbestimmungen für künftige Tarifaussinandersetzungen. Nachdem die IG Metall in der Stahlbranche das Prinzip „Equal Pay“ durchsetzen konnte, nachdem in Konzernen wie Daimler und Siemens über Betriebsvereinbarungen auch in der Metall- und Elektroindustrie Fortschritte erzielt werden konnten, wird in der Tarifbewegung 2012 die Aufnahme der Forderung nach gleicher Bezahlung von Leihkräften in der ganzen Branche erwartet. *brr*



Linke stoppt Gründung der SWM Billigtarif-Tochter und verhindert weitere Leiharbeit !

MÜNCHEN. In einem Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 26.1.11 forderte Stadtrat Akman, dass die SWM die Maßnahmen zur Gründung einer Billigtarif-Tochter sofort einstellt. Die SWM hatten zuvor in der kommunalen Presse angekündigt eine neue Tochter für den Personennahverkehr zu gründen. In dieser sollten zukünftig die Fahrer/innen zu einem Billigtarif beschäftigt werden. Auch wollten die SWM bis zur Tochtergründung weitere Leiharbeiter einstellen, obwohl der Betriebsrat nicht zugestimmt hatte. Vor der Vollversammlung erreichte Stadtrat Akman ein Schreiben, in dem die SWM dem Referat für Arbeit und Wirtschaft versicherte, dass sie von der Tochtergründung Abstand nehmen werden, solange sich der Stadtrat nicht mit dem Thema beschäftigt habe. Auch werde sie ohne Zustimmung des Stadtrats keine weiteren Leiharbeiter/innen einstellen. In der Antragsbegründung hatte die Linke geschrieben: „Mit der Gründung einer Billiglohn-Tochtergesellschaft im Bereich der Verkehrsbetriebe und

die Zahlung von Niedriglöhnen können die Beschäftigten sich eine gesicherte Existenzgrundlage nicht mehr selbst erwirtschaften, zumal München von den Mieten bis zu den Lebenshaltungskosten eine teure Stadt ist. So kann es dazu kommen, dass sich die Beschäftigten das Leben in München nicht mehr leisten können und „abwandern“, so wie es bei den städtischen Erzieher/innen der Fall war. Die Gründung einer Billiglohn-Tochter schafft zudem eine Konkurrenz zwischen den Busfahrern bei der MVG und denen der neu gegründeten Tochter. Auch kann die Gründung einer Billiglohn-Tochter im Bereich der Verkehrsbetriebe einen Präzedenzfall schaffen. Künftig könnten weitere kommunale Betriebe folgen, was die Tarifbindung und gute Arbeit aller städtischen Beschäftigten gefährdet. Kommunale Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften müssen gute und gerechte Arbeitsbedingungen gewährleisten. Dabei nehmen sie auch für privatwirtschaftliche Unternehmen eine Vorbildrolle ein.“

<http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de>

Deutsche Reeder fordern bewaffneten hoheitlichen Schutz an Bord. – FAZ, Mi. 22.1.2011.

Wirtschafts-
presse

Um die Piratenabwehr zu verbessern, fordert R. Nagel, Hauptgeschäftsführer des Verbands deutscher Reeder (VDR), bewaffnete hoheitliche Kräfte an Bord der Handelsschiffe. „Wir stoßen mit unseren eigenen Schutzmaßnahmen an Grenzen.“ Für Piratenbekämpfung ist in Deutschland der Küstenschutz, also die Bundespolizei zuständig. Deutsche Polizisten sind aber vor der somalischen Küste nicht präsent. Die Reeder schlagen vor, Stationsschiffe an Einfahrt und Ausfahrt des Risikogebiets zu positionieren. Von diesen Schiffen sollen hoheitliche Kräfte auf gefährdete Handelsschiffe einsteigen und sie nach dem Risikogebiet wieder verlassen. Der Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft, H.-J. Otto, sagte, die Reeder seien selbst verantwortlich für den Schutz ihrer Schiffe und Besatzungen. Im Innen- und Verteidigungsministerium sei man – so Nagel – offen für diesen Vorschlag, der weiter diskutiert werden solle.

Arbeitgeberverbände warnen vor Regulierung der Zeitarbeit. – FAZ, Die. 1.2.2011. Gesamtmetall, der Verband Deutscher Maschinenhersteller, der Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft sowie die Zeitarbeitsgeberverbände warnen davor, durch eine schärfere Regulierung der Zeitarbeit im Rahmen des Hartz-IV-Vermittlungsverfahrens den Aufschwung am Arbeitsmarkt abzuwürgen. Die Verwirklichung der Forderung nach Gleichbezahlung mit den Stammbeschäftigten würde Zehntausende von Zeitarbeitern den Arbeitsplatz kosten. Diejenigen, die nur über die Zeitarbeit eine sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene Vollzeitstelle fänden, wären davon betroffen. Gesamtmetall-Chef Kannegiesser sagte, qualifizierte Fachkräfte sollten zwar durchaus über einen „wirtschaftlich angemessenen Zeitraum“ an den tariflichen Grundlohn herangeführt werden, gering Qualifizierte aber müssten „deutlich niedriger“ eingestuft werden, sonst werde es für die Entleihbetriebe zu teuer. Außerdem müsse je nach Branche unterschiedlich festgelegt werden, von wann an eine gleiche Bezahlung einsetzt, weshalb eine gesetzliche Regelung nicht sinnvoll sei.

Industrie will keine Frauenquote. – Rheinische Post, Die. 1.2.2011. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) unterstützt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Streit um eine Frauenquote in Firmen. „Der Weg über eine starre Quote ist verfehlt. Daher ist es richtig, dass die Bundesfamilienministerin ihn ablehnt“, sagte DIHK-Präsident H. Driftmann.

Zusammenstellung: rst

Kommunismus – kein Tabu mehr

Gemeinhin beherrschten zwei anti-kommunistische Deutungen der Bemerkungen G. Lötzschs zum Kommunismus die öffentliche Meinung: die Auffassung, die Linke sei im Kern eine kommunistische Partei und die abgeschwächte Variante, nach der es beträchtliche kommunistische Residuen innerhalb der Linken gäbe. Eine dritte, durchaus in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Deutung reagierte auf eben diesen Antikommunismus, markierte diesen als Jahrhundertdummheit und als Herrschaftsideologie und rekurrierte auf die humanistische Substanz des Kommunismus als geistiger wie politischer Bewegung. Letzterer Deutung schlossen sich dann auch die führenden Persönlichkeiten der Partei an, O. Lafontaine und K. Ernst, G. Löttsch selbst und in Teilen seiner Argumentation auch G. Gysi.

Parteipolitische und politikwissenschaftliche sowie feuilletonistische Kommentierungen nahmen bevorzugt Entwicklungsprobleme der Partei selbst und entsprechende machtpolitische, ideologische, regionale und programmatische Konfliktlagen als Folie, auf der die sogen. K-Frage diskutiert wurde. Eine schleichende Relativierung des antistalinistischen Gründungskonsens der PDS, ein Bedeutungsverlust desselben durch die Neugründung der Linken, Instrumentalisierungen der K-Frage in innerparteilichen Auseinandersetzungen waren die wohl wichtigsten Topoi dieser Kommentierungen.

Das alles bedarf m. E. keiner weiteren Vertiefung. Eine Frage, die bleibt, ist für mich, wieso sehr viele Menschen vom bloßen Ausruf des Wortes „Kommunismus“, denn mehr war es ja im Löttsch-schen Text nicht, affiziert waren, gleichermaßen schmerzhaft wie lustvoll berührt wurden. Ich kann dazu nur einige wenige Beobachtungen mitteilen.

1. Das Stalinismus-Verdikt des sogenannten Gründungskonsens der SED-PDS von 1989, jener „unwiderruflicher Bruch mit dem Stalinismus“ wies unverkennbar den Charakter eines kollektiven Schwures auf. Jenseits aller Annahmen über die damalige politische Gesinnung der Mitgliedschaft wäre die Funktion, der Zweck dieses Bekenntnisses in den Blick zu nehmen: Es galt, der damaligen Partei, die ja zweifellos eine gänzlich stigmatisierte Gemeinschaft (eine sogen. negative Gemeinschaft im hegelschen Sinne, die wesentlich durch Ausgrenzung besteht) überhaupt das Existenzrecht zu erwerben.

Damit ist man beim Thema „Tabu“. Es verblüfft noch heute, wie das Wort „Kommunismus“ selbst aus dem offiziellen Sprachgebrauch der Partei verschwand. Kommunismus wurde unaussprechbar, war ein Tabu geworden,

das nur von Einzelnen (KPF) gebrochen werden durfte. Damit allerdings waren bis vor kurzem gewisse informelle Sanktionen verbunden, etwa die Unmöglichkeit, als erklärte Kommunistin stellvertretende Parteivorsitzende werden zu können.

So etwas ist natürlich an bestimmte Kohorten gebunden, wesentlich an jene, die damals den Bund der PDS geschlossen hatten, einerseits, und andererseits obsolet, soweit sich die Stigmatisierung verflüchtigt hat, eine positive Gemeinschaft entsteht, die sich nicht mehr vornehmlich über die DDR und die (alte) BRD definiert, sondern eine eigene programmatische Bestimmung sucht. Das ist spätestens seit dem Jahr 2005 der Fall.

Schon Sigmund Freud hatte darauf hingewiesen, dass ein Tabu eine gewisse Ambivalenz umfasst, weshalb jene „heilige Scheu“, der Reiz wie die Abstoßung das Verhalten charakterisieren. Der Tabubruch durch G. Löttsch setzte die darin schlummernde Dynamik frei. Ja, der Vorgang hatte etwas Befreiendes, auf einem solchen Tabu kann sich eine sozialistische Partei nicht neu begründen. Die Programmdebatte hat allerdings die K-Frage auf eine ganz neue, nunmehr rationale Art und Weise zu lösen.

2. Eine andere Näherung ist die, dass diese Partei sich immer, anders als die andern, nicht nur über Realpolitik, ob revolutionär, radikal oder reformistisch interpretiert und attribuiert, sondern auch über Protest und über Utopie, Systemüberschreitung, Transzendenz definierte. Damit war sie immer affin zu eschatologischen Grundmustern der Deutschen. Ob christlich oder säkular, es geht immer über das verlorene Reich, das Paradies, den Zustand der Gerechtigkeit, der am Anfang stand, das goldene Zeitalter (Gott als Anfang aller Dinge) und den Abfall, den Verlust, das Jammertal. Und um die Bewegung hin ins kommende Reich der Gerechtigkeit, den neuen Himmel und die neue Erde, wo Lamm und Wolf Freunde sind, das ist der Weg des Glaubens, zu Gott, der guten Taten in allen Variationen und Säkularisierungen. Das steckt dem Volke kulturell und psychisch in Knochen und besonders in jenem, der auf dem Halse sitzt. Und beim Kommunismus als politischer Religion à la Marx steckt es in der geschichtsphilosophischen Konstruktion der Geschichte, gegliedert in die urkommunistische, die klassenstaatliche und die endkommunistische.

Ich habe an anderer Stelle bereits Hesiod zitiert¹:

*Diese nun lebten wie Götter, von Sorgen befreit das Gemüte,
Fern von Mühen und fern von Trübsal;
lastendes Alter*



*Traf sie nimmer; an Händen und Füßen die nämlichen immer,
Freuten sie sich bei Gelagen, entrückt stets jeglichem Übel.*

*Wie vom Schlummer bezwungen verschieden sie; keines der Güter
Missten sie; Frucht gab ihnen das nahrungsspendende Saatland
Gern von selbst und in Hülle und Fülle; und ganz nach Belieben
Schafften sie ruhig das Werk im Besitze der reichlichsten Gaben*

Aus: Hesiod, Werke und Tage

Geschichtsmomente der Unzufriedenheit sind auch solche Momente, in denen Utopien wieder an Kraft gewinnen. Es gibt ihn seit Jahrtausenden, den Traum vom Leben ohne die Last und die Angst des Daseins. Man darf diese Vorstellung, wann immer sie mächtig wird, sei es Ende des 8. Jahrhunderts vor Christus in Hesiod »Werke und Tage« oder eben heute, nicht wörtlich nehmen. Man wird sie sonst nicht verstehen. Ein Leben ohne Arbeit, Hunger, Krankheit, ohne Alter und Tod – das übersetzt sich so: Die Annäherung, der Versuch zählt. Wenn die Arbeitszeit verringert (= keine Arbeit), ein Existenzminimum (= kein Hunger), medizinische Versorgung (= keine Krankheit) für alle und das menschliche Leben verlängert (= kein Tod) wird, dann ist die Welt in Ordnung. Wir sehen: Dies alles ist gegenwärtig in Frage gestellt. Von daher rührt die große Unzufriedenheit. Wir dürfen das nicht verwechseln, es ist nicht der konkrete, der praktische Ruf nach einer andern Gesellschaft. Es soll nur besser, nicht unbedingt anders werden. Darum wird diese Unordnung eher vergehen, eher zu beseitigen sein als die Ungleichheit.¹

3. Die erstaunlich große Aufmerksamkeit für die K-Frage in der Öffentlichkeit war natürlich massenmedial interessegeleitet. Die Linke ist den andern Parteien und den tatsächlich Herrschenden immer noch ein Dorn im Auge. Die lebhafteste Reaktion so vieler

Menschen in Ost und West, die sich für die Frage interessierten und sich in Leserbriefen und Blogs und Emails äußerten, diese Resonanz gründete freilich auf Erfahrungen von Generationen, auf dem Antikommunismus der alten BRD und den Erfahrungen mit der gescheiterten DDR. Die Qualität der Diskussion, deren Gegenstände und Inhalte allerdings wiesen auf zwei Tatsachen hin: Erstens artikuliert sich darin entschieden ein Protest gegen gegenwärtige Lebensumstände vieler Menschen, denen es, einfach gesagt, heute und hier nicht so gut geht. Zweitens wurden darin laut Zweifel an der Möglichkeit der bestehenden Eigentumsordnung, die Probleme der Menschen grundlegend zu lösen, artikuliert. Wenn man so will, ist das ein Ausdruck eines antikapitalistischen Affekts, Protestation, und die Äußerung der Erfahrung möglicher Grenzen der heutigen Sozialordnung.

4. Die Linke hat sich immer als eine Partei verstanden, die pragmatisch die Lebensverhältnisse und – Bedingungen der Menschen, speziell der kleinen Leute, verbessern will. Sie war und ist im Selbstverständnis wie in der politischen Praxis die einzige demokratische Partei, die Adresse für sozialen Protest im politischen Raum sein wollte und es auch ist. Und sie ist immer noch die einzige demokratische Partei, die auf demokratischem Wege

1. Tagung des 9. Parteitages der PDS am 30. und 31. Oktober 2004, Potsdam

Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! – Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag

V. Strategisches Dreieck

Notwendig ist nicht ein Regierungswechsel „gewohnter“ Art, sondern ein politischer Richtungswechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und ziviler Konfliktlösung steht an. Der erfordert Druck von links – auf den Straßen, im Parlament, überall in der Öffentlichkeit und aus der Zivilgesellschaft heraus. (...)

Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestal-

tung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck. (...)

Alles Neue beginnt mit Kritik und Protest gegen das Bestehende. Eine sozialistische Partei ist eine Partei, die Neues will. Deswegen zählen wir zu den Kräften, die Protest organisieren und Alternativen entwickeln. Beides gehört zusammen. Ohne Druck auf Veränderung haben Alternativen keine Chance – und ohne das Wissen, dass eine andere Politik möglich ist, erlahmt die Widerstandskraft.

http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0901/view_html?id=28355&bs=1&n=4

und mit demokratischem Ziel das bestehende System (Eigentums- und Wirtschaftsordnung) transzendieren will. Die Partei hat das in dem bekannten Bild des „strategischen Dreiecks“² und

1 www.haraldpaetzolt.de/wp-content/uploads/2009/04/gibt-es-einen-linksruck.pdf

2 Siehe Kasten „1. Tagung des 9. Parteitags der PDS“

3. <http://www.rosalux.de/nc/gesellschaftsanalyse/specials/rat-fuer-radikale-realpolitik.html>, Rat für radikale Realpolitik – Die Zukunftskommission der RLS. Der Rat widmet sich in Anlehnung an Rosa Luxemburgs „revolutionäre Realpolitik“ der strategischen Debatte mit Blick auf Zukünfte und Szenarien kapitalistischer Entwicklung sowie möglicher Schritte sozialistischer Transformation der Gesellschaft. Dem Rat gehören 65 Intellektuelle aus Wissenschaft, sozialen Bewegung, Gewerkschaften und Parteien an.

BILD: Gustave Moreau, 1826-1898, Hesiod und Muse, http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/76/Gustave_Moreau_-_H%C3%A9siod_et_la_Muse.jpg

im Begriff der „radikalen Realpolitik“³ gültig ausgedrückt. Die Partei sollte bei diesen drei Ansprüchen und ihrer entsprechenden politischen Praxis bleiben.

3.2.2011, Dr. Harald Pätzolt

John Rawls – Ein Lesetipp

Gerechtigkeit als Fairness

In dem Wahlkampf, der im November 2010 die Obama-/Clinton-Administration um die Mehrheit im Repräsentantenhaus brachte, wurde vom rechten Lager die Meinung vertreten, Obama wolle das Land auf den Weg zum Kommunismus führen. Sachlich ging es dabei um die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherungspflicht, eine Einrichtung kollektiv vermittelter Vorsorge, die in den modernen, reifen Industriegesellschaften kaum zu umgehen ist. So forderte etwa in Deutschland 1883 Kaiser Wilhelm I. auf Anraten seines Kanzlers Bismarck den Reichstag auf, Gesetze zur finanziellen Absicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter zu erlassen. Erklärtes Ziel der Bismarck'schen Politik war die Bindung der arbeitenden Klassen an den Staat. Die Sozialreformen kamen zwar Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie entgegen, sie konnten aber paternalistisch begründet werden, aus der Verpflichtung der Herrschenden, für die von ihnen Abhängigen bevormundend zu sorgen. Die Idee, dass individuelle Emanzipation materieller Grundlagen bedarf, ist in der deutschen Diskussion mit der Idee der fürsorglichen Obrigkeit verknüpft.

Im Gründungskonsens der Vereinig-

ten Staaten von Amerika ist das nicht der Fall. Zwar erzeugte die aus pragmatischen Gründen einigen Staaten zugestandene Sklavenhalterei vielerlei verlogene Romantisierung der Verhältnisse zwischen Herrn und Knecht. Aber diese Ideen wurden nicht politisch bestimmend, sie verfielen der Kritik und gingen schließlich im Bürgerkrieg unter. Als Auswanderer hatten die Gründer und späteren Einwanderer ihren Herkunftsländern wegen staatlicher und sozialer Bevormundung den Rücken gekehrt. So kommt in den USA bis heute die Rolle der fürsorglichen Obrigkeit für eine positive Besetzung nicht in Betracht. Dies führt die US-amerikanische Diskussion jedoch nicht dazu, die Tatsachen sozialen Unglücks und das Erfordernis von Hilfen zu leugnen. Es wird bloß anders adressiert: Zuständig sind physisch-räumlich gesehen die Nachbarn, ideell die als Gemeinden begriffenen Glaubensgemeinschaften.

Mit dieser knappen Vorbemerkung soll eine Schwierigkeit erklärt werden, die trotz vorliegender guter Übersetzungen und trotz enormer Anstrengungen des Autors, die Verbindung zur politischen Philosophie des alten Europa zu halten, die Lektüre der Werke von John Rawls selbst in den Werken

bereitet, mit denen sich der Autor an ein breites Publikum wenden will. Vielleicht lohnt aber gerade die Mühe des Perspektivwechsels, die Lektüre des hier besonders empfohlenen Buches „Gerechtigkeit als Fairness – ein Neuentwurf“, Suhrkamp, Frankfurt 2003. Schon die „Fairness“ im Titel verweist auf den gleichgestellten Mitmenschen als Quell der Gerechtigkeit, denn damit meint man Regeln, auf die sich an einem Kooperationsprozess beteiligte Menschen verständigen. Gerechtigkeit lässt sich besonders gut im Zusammenhang mit Allmacht denken: „Gott, der Gerechte!“ steht als Redewendung fest. Aber „fair“? Wo Allmacht mit Ohnmacht spielt, passt der Ausdruck nicht.

Im breiten Fluss der politischen Meinungsäußerungen folgt in unserem Kulturkreis auf den Halbsatz „Freiheit ist ...“ gängig „... die Einsicht in die Notwendigkeit“. Dieses Spiel gewinnt, wer die Macht hat, Notwendigkeit zu bestimmen. Vernünftige Meinungsverschiedenheiten über das „Notwendige“ sind unvorstellbar, wo sie auftreten, kommt es zum Kampf.

Wenn Rawls von Freiheit spricht, ist nicht so sehr von einer Idee die Rede, die über den realen Personen schwebt und irgendwie heruntergebetet werden muss. In seiner Konzeption der Gerechtigkeit als Fairness werden „die Bürger als an der sozialen Kooperation Beteiligte betrachtet und daher als Wesen, die zur Kooperation durchaus

imstande sind, und zwar ein ganzes Leben lang“. Um vielfältigen Möglichkeiten der Gestaltung solcher Kooperationsverhältnisse geht es, in diesem Zusammenhang steht die Frage, „in welcher Hinsicht die Bürger frei“ sind.

Erstens insofern sie „sich selbst und einander das moralische Vermögen zuschreiben, eine Konzeption des Guten zu vertreten“. Das Argument wird mit einer überraschenden Wendung fortgeführt: „Als freie Personen beanspruchen die Bürger das Recht, ihre Person nicht mit einer speziellen Konzeption des Guten oder einem durch bestimmte Endzwecke definierten Plan gleichzusetzen, sondern sie als unabhängig zu sehen.“ Rawls entschärft die „Konzeption des Guten“. Die Freiheit, eine solche Konzeption zu vertreten, wird ausbalanciert, den Bürgern wird die Fähigkeit unterstellt, „diese Konzeption aus vernünftigen und rationalen Gründen zu revidieren und zu modifizieren; und wenn ihnen der Sinn danach steht, ist es ihnen auch erlaubt“. Die „Freiheit des Andersdenkenden“ wird hier praktisch entwickelt, als Freiheit anders zu denken, eröffnet sie die Chance zum verändernden Diskurs.

Eine zweite Hinsicht, in der sich (in Rawls Konzeption) „die Bürger als freie Personen sehen, besteht darin, dass sie sich als sich selbst beglaubigende Quellen gültiger Ansprüche begreifen. Das heißt, nach eigener Anschauung sind sie dazu berechtigt, gegenüber ihren Institutionen Ansprüche geltend zu machen, um auf diese Weise ihre Konzeptionen des Guten durchzusetzen.“ Die praktische Bedeutung dieser politischen Maxime kann am Gegenstandsbereich der sexuellen Selbstbestimmung verstanden werden. Eine praktische Schwierigkeit, gegen die Diskriminierung vorzugehen, bestand darin, überhaupt in die politische Debatte zu kommen. Bürger, die ihre Mitbürger als „Quelle sich selbst beglaubigender gültiger Ansprüche“ begreifen, können sich der Diskussion nicht entziehen, wie es sonst sehr leicht geschieht durch Verweis auf einen Schöpfungsplan, an den man glaubt, auf eine Wissenschaft, deren aktuellen Stand man für Wahrheit hält, auf soziale Gewohnheiten, die unablässig scheinen. – John Rawls Arbeiten begründen, dass verbesserte öffentliche Einrichtungen nicht durch verringerte Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger erkauft werden müssen. Es spricht viel dafür, dass Rawls damit ein Kriterium gefunden hat, das für die Beurteilung linker Strategien gilt, in ihren einzelnen kleinen Schritten und in ihren großen Zügen und weiten Perspektiven.

Martin Fochler

John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness, Ein Entwurf, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2003. Alle Zitate sind dem § 7 „Die Idee der freien und gleichen Person“ entnommen.

Betreff: Perspektivwechsel. – Politische Diskurse entwickeln sich in kulturellen Zusammenhängen, die – kritisch oder apologetisch – auf die Nationalgeschichte zugeschnitten sind. Mit der EU besteht heute ein übergreifender politischer Zusammenhang, in dem es auf die Kunst ankommt, auch einmal die Perspektive der Nachbarn einzunehmen. In loserer Reihe wollen wir an dieser Stelle Bücher und andere kulturelle Produktionen vorstellen, die dabei helfen. Nachfragen und Angebote an politischeberichte@gmail.com, Betreff: Perspektivwechsel.

Mikis Theodorakis – Der Rhythmus der Freiheit

Der unten in Auszügen dokumentierte Artikel entstand Ende 2008 anlässlich einer gemeinsamen Jubiläumsveranstaltung von DKP und SDAJ sowie der griechischen Kommunistischen Partei (KKE) und ihrer Jugendorganisation KNE, die damals, mit Ausnahme der KKE, die auf eine 90jährige Geschichte zurückblickte, allesamt ihren vierzigsten Geburtstag begehen konnten. Gewidmet wurde dieser Abend dem griechischen Komponisten Mikis Theodorakis. Während die Chemnitzer Band „Quijote“, deren großartige Leistung an diesem Abend nur kurz erwähnt werden, Lieder des Komponisten in deutscher Sprache vortrugen, stellte Hans-Georg Hermann eine zuvor erschienene Biographie Theodorakis dar.

Nicht absehbar war zu diesem Zeitpunkt, dass und wie Griechenland zwei Jahre später ins Zentrum der europäischen Aufmerksamkeit rücken würde. Viele der in diesem Zusammenhang entstandenen Misstöne, las-

sen sich ohne Kenntnis der historischen Entwicklungen kaum beurteilen. Das Leben von Mikis Theodorakis spiegelt die griechische Geschichte des vergangenen Jahrhunderts in nahezu einmaliger Weise.

An dieser Stelle wurde bereits mehrfach gezeigt, wie sich anhand kultureller, insbesondere literarischer Werke historische und gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen verstehen lassen.

Der Artikel erschien erstmals in den Münchner Lokalberichten als Veranstaltungsbericht und soll nach den aktuellen Ereignissen dazu anregen, einen Zugang zu Griechenland, am besten anhand des rezensierten Buches selbst, zu erleichtern.

Gekürzt wurden, wie bereits angedeutet, die Passagen, die sich ausschließlich mit der an diesem Abend gebotenen Musik, beschäftigen. Dennoch seien die Künstler hier dringend empfohlen. Unter www.quijote.de gibt es einen guten Eindruck ihres Schaffens.

Johannes Kakoures



KKE, DKP, KNE und SDAJ feiern Geburtstag – ein gelungener Abend regt zum Lesen und Weiterdenken an – (...)

Zur Einleitung: Begrüßung durch die Jugendverbände

Lediglich einen kurzen historischen Rückblick gaben zur Begrüßung zwei junge Genossen aus den beiden Jugendverbänden. Sie begründeten die Idee einer gemeinsamen Veranstaltung aus den gemeinsamen ideologischen Wurzeln beider Parteien und erinnerten an praktische Formen der Zusammenarbeit. So haben Genossinnen und Genossen der DKP vielen griechischen Kommunisten geholfen, als diese unter der Militärjunta ins Exil nach Deutschland mussten. Die Geschichte beweise das Wort Che Guevaras, wonach Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten verlaufen. Man habe den Abend Mikis Theodorakis gewidmet, weil seine Musik Hoffnung gebe, Hoffnung auf eine Zukunft, in der der Mensch im Mittelpunkt stehe. Dies sei im jetzigen Gesellschaftssystem nicht zu er-

reichen. Die Musik Theodorakis habe den Widerstand als Inspiration und sei Aufforderung zum Widerstand, sein Leben habe im Zeichen der Völkerverständigung gestanden. Sie schlossen mit einem Hoch auf die internationale Solidarität (...)

Das Buch: LESEN!!!

Nichts anderes kann für das an diesem Abend vorgestellte Buch gelten. Bei aller Vorsicht vor Personenkult und Ablehnung leider durchaus vorhandener, linker Ikonographie, muss ich zugeben, mit meinem beständigen Kritikbedürfnis mit der Person Theodorakis an gewisse Grenzen zu stoßen. Wer das Glück hatte diesen Mann bei einem seiner persönlichen Auftritte zu erleben, spürt das hier eine gewaltige Persönlichkeit am Werke ist. Ich kann daher nachvollziehen, dass Hermann im Vorwort seines Buches, dass er zugleich als Einleitung seiner Lesung nutzte, vom „Mut, die Idee (zu diesem Buch) in die Tat umzusetzen“, den zu entwickeln er fünfzehn Jahre gebraucht habe, spricht. Nun, der Mut

hat sich gelohnt. Hermann ist eine einfühlsame Darstellung vor allem des politischen Lebens Theodorakis vor dem Hintergrund der blutigen Geschichte Griechenlands im vergangenen Jahrhundert gelungen. Flüssig geschrieben und mit sehr eindringlichen Bildern beschreibt Hermann die Entwicklung Theodorakis, wobei er keine einfache Chronik liefert, sondern mit Rückblenden und eingeschobenen Interviews und Stellungnahmen vor allem anhand einzelner Episoden Entwicklungslinien nachzeichnet. Dabei erfährt der Leser viel über Griechenland. So schon im Abschnitt über Kindheit und Jugend Theodorakis, in welchem deutlich wird, wie sehr Ansehen, Einkommen und vor allem Wohnort der Familie, Theodorakis Vater ist höherer Verwaltungsbeamter, von den politischen Machtverhältnissen, sprich persönlicher Willkür abhängen. Es kann an dieser Stelle schon aus Platzgründen keine umfassende Darstellung des Lebens Theodorakis und der neueren Geschichte Griechenlands gegeben werden. Dies umso weniger als wir natürlich wollen, dass das Buch gekauft und gelesen wird. In Kürze sei daher gesagt, dass die griechische Geschichte wenig Raum für eine *L'art pour l'art* ließ. Angefangen von der kleinasiatischen Vertreibung zu Beginn des Jahrhunderts über die brutale, abwechselnd deutsche und italienische Besetzung im zweiten Weltkrieg, hin zu den monarchisch-militaristischen Diktaturen in der zweiten Jahrhunderthälfte zwangen die gesellschaftlichen Verhältnisse zu politischer Stellungnahme. Theodorakis stand, wie von Hermann eindringlich beschrieben, in all diesen Auseinandersetzungen an vorderster Front. Zu den bewegendsten Eindrücken zählt wohl die Beschreibung der Folter, die Theodorakis auf der griechischen KZ-Insel Makronissos überstehen musste. „Der Rhythmus der Freiheit“, so der Titel, stellt vor diesem Hintergrund eine wirklich gelungene politische Biographie dar. Damit ist jedoch auch klargestellt, was das Buch nicht ist. So erhebt der Autor, wie er schon im Vorwort einräumt, nicht den Anspruch ein Buch über Musik geschrieben zu haben. Es ist auch keine historische oder politisch-theoretische Abhandlung, sondern gibt an einigen Stellen eher Anregungen, sich selber intensiver mit den gesellschaftlichen Hintergründen zu befassen. Dies gilt etwa für einen der umstrittensten Abschnitte im Leben des Komponisten: so war Theodorakis maßgeblich an einem Bündnis zwischen Konservativen und Kommunisten beteiligt, das zum Sturz der sozialdemokratischen Pasok-Regierung führte. Es wäre interessant, inwieweit diese außergewöhnliche Maßnahme, zu deren Verständnis auch im Buch daran erinnert wird, dass hier nun-

mehr ehemalige Bürgerkriegsgegner in einer Regierung zusammenarbeiteten, zur Modernisierung Griechenlands beigetragen hat, gar notwendig war. Auch wenn die Situation mit der in Deutschland kaum zu vergleichen ist, ist diese Episode doch Mahnung in der politischen Auseinandersetzung Offenheit und zumindest ein gewisses Mindestmaß an Respekt für jeden zu wahren, da sie zeigt, dass historische Situationen zu unvorhersehbaren Konstellationen zwingen können. In solchen schadet es nicht, wenn sich auch politische Gegner vorher so begegnet waren, dass man auch ohne Waffe in der Hand gegenüber sitzen kann.

Ein paar Gedanken eines musikalischen Laien

Leben und Werk Theodorakis und so auch die Biographie Hermanns bieten viele Anregungen, Positionen zu überdenken und immer wieder kritisch zu hinterfragen. Als Beispiel sei die Episode über eine Kandidatur Theodorakis für ein kommunalpolitisches Mandat auf der Liste der Kommunistischen Partei genannt. Er erzielte mit 16% zwar ein respektables Ergebnis, das jedoch, wie Hermann zu Recht feststellt, zeigt, dass allein ein großer Name, und Theodorakis gilt in Griechenland wahrlich als weitgehend unangefochtene Autorität, politische Bindungen nicht einfach aufzulösen vermag. Nachdenken lohnt sich aber auch in Bezug auf das Verhältnis zum Werk von Theodorakis im Ganzen. Wie Hermann ebenfalls gut beschreibt, war Theodorakis immer parteilich. Er kann zweifellos als Linker bezeichnet werden. Dies hinderte ihn jedoch nicht in der Politik flexible Wege zu gehen, was wiederum Einladung dazu ist, über das Verhältnis von Politik und Musik nachzudenken. Musik ist die Kunstform, die am unmittelbarsten menschliche Emotionen anspricht. Im Gegensatz etwa zur Literatur und Malerei kann Musik auch ohne Reflexion aufgenommen werden. Sie wirkt sofort oder gar nicht. Linke Politik setzt demgegenüber eher auf Vernunft, Verstand und kühle Überlegung. Wieso kann Theodorakis Werk, dem ein Hang ins Pathetische nicht abgesprochen werden kann, trotzdem als fortschrittlich begriffen werden? Vielleicht gerade deswegen weil Theodorakis sich nicht einfach in linke Deutungsmuster von Musik integrieren lässt. So gibt es gerade auch in Deutschland eine starke Tendenz, politische Musik zur Verwendung simplifizierter Botschaften zu verwenden, zu glauben mit einfachen Texten und eingängigen Melodien, Menschen „dort abzuholen, wo sie sind“. Theodorakis geht einen anderen Weg. So nimmt er Elemente der griechischen Volksmusik auf, ohne Volksmusik zu imitieren, er entwickelt weiter, wo andere in zweifel-



Der Rhythmus der Freiheit, Verlag Neues Leben, Berlin

hafter Absicht, nachahmen. Und sein Werk drückt einen tiefen Respekt vor menschlichem Können und Verstehen aus. Er banalisiert keine politischen Aussagen, sondern vertont die alles andere als leicht zugänglichen Texte eines Yannis Ritsos oder Odysseas Elytis. Er schafft damit eine großartige Musik die gleichzeitig den Hörer fordert. Es entsteht nicht einfach Einheit und künstliche Geschlossenheit, sondern Aktivität. Und dieses Konzept funktioniert, wie auch Hermann eindringlich belegt, wenn er schildert, wie in einem griechischen Kaffeehaus Bauern und Arbeiter das „Axion Esti“ mitsingen, einem der bekanntesten und zugleich schwierigsten Werke Theodorakis. In einem, ebenfalls im Buch wiedergegebenen Text Theodorakis, für den allein sich das Buch lohnen würde, begreift Theodorakis, Freiheit als Pflicht, als Verantwortung gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Vielleicht ist es das Vertrauen, dass Menschen dieser Pflicht genügen können, die seine Musik vor dem Schicksal anderer Werke, für die Beethovens Neunte Symphonie beispielhaft stehen kann, bewahrt. Auch diese ist ohne Zweifel eines der großartigsten Werke der Musikgeschichte. Auch diese ist in eindeutig aufklärerischer Absicht geschrieben. Und doch wurde sie das wohl am meisten missbrauchte Werk der Musikgeschichte. Von Lenin wie Hitler gleichermaßen geschätzt, von letzterem zu den ersten Wagnerfestspielen nach der Machtergreifung verlangt und u.a. vom südafrikanischen Apartheidsregime zur Nationalhymne verhunzt, wird sie von einigen daher politisch als Leerformel aufgefasst. Theodorakis hingegen sperrt sich einer kriterienlosen Vereinnahmung, wohl weil sein Werk den Respekt vor dem Menschen, vor dem Volk aktiv verarbeitet hat. Dies mag durch einige Besonderheiten der griechischen Geschichte begünstigt sein, es bleibt eine großartige Leistung.

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Gegen „Besitzgelungsklausel“ • EU-Wirtschaftspakt: Streit um Löhne • Galileo startet Testbetrieb • Technik der Macht • Macht der Technik • Europäische Energievernetzung

Spannende Wahlen im Februar und März

Ägypten in Aufruhr: Historische und geopolitische Fakten

Auslandsnachrichten

Türkei: Für eine Reform der Arbeitsgesetze jetzt! • 40 JournalistInnen 2010 in Lateinamerika ermordet • Fiat-Arbeiter erpresst • Türkische Studierende protestieren gegen Regierungspolitik • Südafrika: Wal-Mart „erobert“ Afrika • UGTT unterstützt Proteste in Tunesien mit Streiks

Aktionen ... Initiativen

22 000 fordern eine ökologisch bäuerliche Landwirtschaft • 12. März gegen Atomenergie: Menschenkette durch Baden-Württemberg • 1 000 fordern in Grohnde: • Stopp MOX-Transporte! • Brennender Protest für Flüsse in 45 Städten • Paritätischer kritisiert neue Regelungen zum Ehrenamt • Aktionstag am 22. März gegen Asylbewerberleistungsgesetz • Tour der tausend Brücken: 70 Konzerte für eine menschliche Flüchtlingspolitik • Naziaufmarsch in Cottbus verhindern: Opfermythos und Geschichtsrevisionismus bekämpfen! • „Protestfeuer“ reißt Bildungsblockaden nieder

Wissenschaft unter dem Kreuz

Köln: Symbol für Toleranz und Moderne – Richtfest beim Bau der Moschee

NRW: Soziale Grunddaten

bei den Schlüsselzuweisungen anpassen!

Kommunale Politik

Sanktionen nach § 31 SGB II gegen Hartz IV-Bezieher sofort aussetzen! Frankfurt a.M. • Nein zur „Schuldenbremse“: Kreis Vogelsberg • Winterchaos streckenweise hausgemacht: Aurich. • Beibehaltung der Vorrangschaltung für ÖPNV! Hannover. • Ungleiches Lohn für gleiche Arbeit: Bochum. • Baumschutzsatzung: CDU legt die Axt an: Norderstedt. • A 52: Bahn frei zum Umsteuern. Essen. • Die Linke lehnt neues Hochhaus am Waidmarkt ab! Köln.

Europäischer Betriebsrat: Ein sperriges Geschäft

Respekt vor der Arbeit und den Menschen

Linke stoppt Gründung der SWM Billigtarif-Tochter und verhindert weitere Leiharbeit!

Wirtschaftspresse

Kommunismus – kein Tabu mehr

Lesetipp: Gerechtigkeit als Fairness

Mikis Theodorakis – Der Rhythmus der Freiheit

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 16 und 17. April in Köln

Termin: 16.17. April, Samstag von 13 bis ca. 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr.

Übernachtung: Jugendherberge Köln-Deutz, Siegesstr. 5.

Tagung: Landschaftsverband Rheinland, Horionhaus, Mindener Str., Köln-Deutz, wenige Minuten vom Bahnhof Köln-Messe/Deutz (siehe Skizze unten).

Tagesordnungspunkte:

Samstag, 16. April

13 bis 14 Uhr Vereinsangelegenheiten

- Berichte Vorstand

- Wahlen Vorstand

14.30 Uhr als gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratischer Sozialisten (fds) NRW:

„Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Steuerung“,

Referat: Klaus Lederer, Vorsitzender Die Linke Berlin.

dazu drei Impulsreferate:

Wolfgang Freye: Energieunternehmen Steag im Ruhrgebiet und öffentliche Kontrolle

Torsten Löser (fds): Zur Tätigkeit als Aufsichtsrat bei der Messe Köln

Jörg Detjen und Michael Weisenstein: Stadtwerkekonzern Köln und Verkehrsbetriebe.

Anschließend Diskussion.

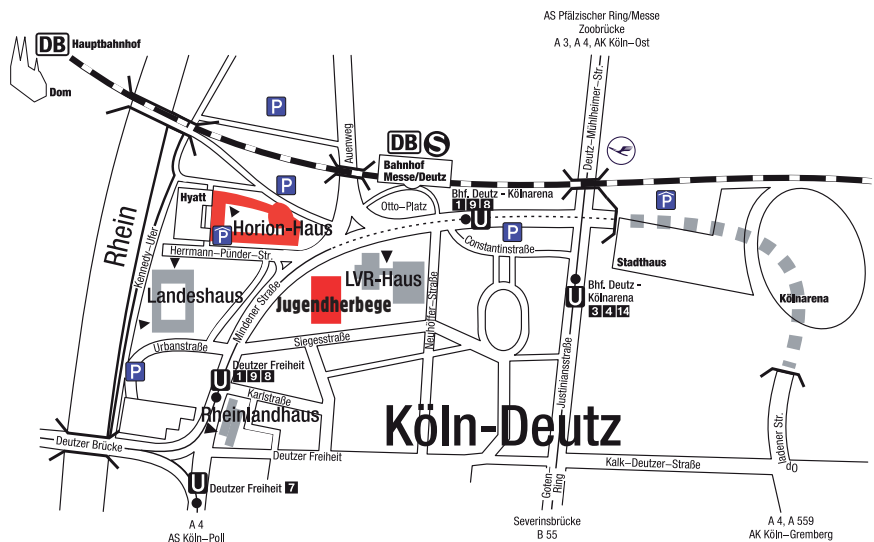
Sonntag, 9 bis 12 Uhr

„Europäische Wirtschaftsregierung – eine Perspektive?“

Mit Bernd Schneider, Mitarbeiter der Linke-Fraktion im Europa-Parlament; weitere Referenten aus der Europäischen Linken sind angefragt.

Anmeldung bis spätestens 13. März

bei: Alfred Küstler (stuttgart@gnn-verlage.com). Bitte angeben, ob Übernachtung nötig ist, damit die Reservierungen bestätigt oder storniert werden können.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 10. März 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 4. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 10. März, 7. April, 5. Mai, 2. Juni.